

Gespaltene Demokratie

Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013

Thomas Petersen, Dominik Hierlemann, Robert B. Vehrkamp, Christopher Wratil



Gespaltene Demokratie

Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013

Thomas Petersen, Dominik Hierlemann, Robert B. Vehrkamp, Christopher Wratil

Eine gemeinsame Studie von:

IfD Allensbach
Institut für Demoskopie Allensbach

| **BertelsmannStiftung**

Inhalt

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen	6
Vorwort	8
Im Fokus: Die gespaltene Demokratie	10
<i>Weil Angehörige einkommens- und bildungsschwacher Schichten immer weniger wählen gehen, steigt die politische Ungleichheit in Deutschland. Der Trend einer sozial gespaltenen Demokratie verfestigt sich, auch im Bundestagswahljahr 2013.</i>	
1. Der Mythos von der Demokratieverdrossenheit	17
<i>Die Deutschen sind, in Ost und West, zufriedener mit ihrer Demokratie als noch vor einigen Jahren. Sie sehen durchaus Unterschiede zwischen den Parteien. Eine gefühlte wachsende soziale Ungleichheit übersetzt sich nicht in Demokratieverdrossenheit.</i>	
2. Geringes Politikinteresse der Jüngeren	24
<i>Das Interesse der Deutschen an Politik erodiert nicht. Doch schon heute ist absehbar, dass die jüngere Generation auch in Zukunft die Politik weniger spannend findet – und Wahlen eher fernbleibt als frühere Generationen.</i>	
3. Wählen ist nicht mehr Bürgerpflicht	36
<i>Für die jüngere Generation ist der Gang zur Wahlurne nicht mehr zwingend. Sie findet dafür viel Verständnis im persönlichen Umfeld. Die Zeiten, in denen Wählen als Bürgerpflicht erscheint, sind jedenfalls vorbei.</i>	
4. Die Bedeutung des persönlichen Lebensumfeldes	43
<i>Ob jemand wählen geht oder nicht, hängt erheblich davon ab, wo man wohnt, welche Freunde man hat und ob in der Familie über Politik gesprochen wird. Im privaten Umfeld treffen Nichtwähler auf viel Verständnis.</i>	
5. Determinanten der Wahlabsicht für die Bundestagswahl 2013	50
<i>Schon heute zeigen sich mögliche Gründe für den Wahlgang als auch das Fernbleiben bei der Bundestagswahl: Sozioökonomische und soziokulturelle Faktoren sowie Werte und Einstellungen sind gleichermaßen wichtig.</i>	
6. Die Soziale Kluft auch bei neuen Beteiligungsformen	57
<i>Die Jüngeren sind verstärkt im Internet politisch aktiv. Doch gerade die neuen Beteiligungsformen sprechen vor allem die gebildete Mittelschicht an. Das führt zu einer weiteren Verschärfung der politischen Ungleichheit in Deutschland.</i>	



Anhang	66
Über die Studie	68
Über die Autoren	69
Impressum	70

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Abbildung 1:	Die Wahlbeteiligung von Geringverdienern sinkt stetig	11
Abbildung 2:	Bundestagswahl 2013: Große Unterschiede zwischen den sozialen Schichten bei Wahlwahrscheinlichkeit	12
Abbildung 3:	Orientierung am Umfeld – Freunde die wählen, motivieren zur Stimmabgabe	14
Abbildung 4:	Sozialisation im Elternhaus – Gespräche über Politik wirken nach	14
Abbildung 5:	Wählen als Bürgerpflicht – Wer sich verpflichtet fühlt, wird bestimmt wählen	15
Abbildung 6:	Zufriedenheit mit der Demokratie	16
Abbildung 7:	Zufriedenheit mit der Demokratie – Ost- und Westdeutschland	17
Abbildung 8:	Sind die Parteien alle gleich?	18
Tabelle 1:	Nur ein Viertel sagt, politisches Engagement sei sinnlos	19
Tabelle 2:	Keine überdurchschnittliche Resignation bei der jungen Generation	19
Tabelle 3:	In der Unterschicht sagt fast jeder Zweite „Es bringt nichts, sich politisch zu engagieren“	20
Abbildung 9:	Wachsendes Gefühl von Ungerechtigkeit	21
Abbildung 10:	Soziale Gerechtigkeit	22
Abbildung 11:	Sinkendes Vertrauen in die Kraft des Einzelnen	23
Tabelle 4:	Politisches Interesse und Wahlbeteiligung	24
Abbildung 12:	Politikinteresse	25
Abbildung 13:	Wahlbeteiligung nach Alter	26
Tabelle 5:	Politikinteresse – Kohortenanalyse 1969-2013	27
Tabelle 6:	Kohortenanalyse: Indexwerte	29
Tabelle 7:	Absicht, wählen zu gehen – Altersgruppen	30
Tabelle 8:	Zuwanderer wählen seltener	31
Abbildung 14:	Interesse an der Bundestagswahl	32
Tabelle 9:	Interesse an der Bundestagswahl – Altersgruppen	32
Tabelle 10:	Interesse an der Bundestagswahl nach sozialer Schicht	33
Abbildung 15:	Begründungen für geringes Politikinteresse	34
Abbildung 16:	Ausgewählte Begründungen für geringes Interesse an Politik im Trend	35
Abbildung 17:	Bürgerpflichten	37
Tabelle 11:	Bürgerpflichten – Altersgruppen	38
Tabelle 12:	Bürgerpflichten nach sozialer Schicht	38
Tabelle 13:	Wählen als Bürgerpflicht – eine Frage des Umfeldes	39
Abbildung 18:	Der Ausflug am Wahltag	41
Abbildung 19:	Das Gefühl, man müsse wählen gehen, hat in allen Generationen abgenommen	42
Tabelle 14:	Der Ausflug – soziale Schicht	42
Tabelle 15:	Gehen die Freunde wählen?	43



Tabelle 16:	Wählen im Bekanntenkreis – Altersgruppen	44
Tabelle 17:	Wählen im Bekanntenkreis – soziale Schicht	45
Tabelle 18:	Wählen in der Nachbarschaft	46
Tabelle 19:	Wahlbeteiligung und das Verhalten der Bezugsgruppen	47
Tabelle 20:	Verständnis fürs Nichtwählen	48
Tabelle 21:	Vor allem Junge glauben, ihr Umfeld habe Verständnis, wenn sie nicht wählen	49
Tabelle 22:	Absicht, wählen zu gehen – Schulbildung	51
Tabelle 23:	Übersicht über Ergebnisse der logistischen Regressionsanalyse	52
Abbildung 20:	Untere Schicht mit geringer Wahlabsicht – selbst wenn man für ihr soziales Umfeld und ihre Werte kontrolliert	53
Abbildung 21:	Sowohl hohe Zufriedenheit als auch Unzufriedenheit mit der Demokratie erhöhen die Wahlabsicht und ihre Werte kontrolliert	55
Abbildung 22:	Politische Aktivitäten	58
Abbildung 23:	Wählen und andere politische Aktivitäten	59
Abbildung 24:	Online- und Offline-Aktivitäten – Altersgruppen	60
Abbildung 25:	Alternative politische Aktivitäten nach sozialer Schicht	61
Tabelle 24:	Übersicht über Ergebnisse der Negativen Binomial-Regressionsanalyse	62
Abbildung 26:	Jüngere sind aktiver in alternativer Partizipation – vorrangig im Internet	63
Abbildung 27:	Bildung ermöglicht politische Partizipation – vor allem für Abiturienten und Studierende	64
Tabelle 25:	Übersicht über Regressionsanalysen aus Kapitel 5 und 6	67

Vorwort

Die Weiterentwicklung unseres demokratischen Systems ist schon immer ein Kernanliegen der Bertelsmann Stiftung. In den letzten Jahren haben wir uns dabei vor allem darauf konzentriert, Wege zu entwickeln und zu erproben, über die sich Bürger direkt, themenorientiert und ganz konkret in politische Diskussionen und Entscheidungen einbringen können. Egal ob beim Bürgerdialog in der Kommune, beim ganztägigen Bürgerkompass auf Landesebene oder beim mehrwöchigen Bürgerforum mit dem Bundespräsidenten: Mit unseren Formaten wollen wir neues Interesse für Politik wecken und gerade diejenigen zur aktiven Teilhabe motivieren, die sich aus dem politischen Diskurs zurückgezogen haben.

Wer aber sind die Bürger, die sich nicht mehr am politischen Leben beteiligen? Was sind die wichtigsten Gründe und Einflussfaktoren dafür, dass immer weniger Menschen am Wahlsonntag ihre Stimme abgeben? Und wie nehmen die Deutschen das politische System und seine Parteien im Jahr der Bundestagswahl 2013 insgesamt wahr?

Der Blick in die Statistik ist eindeutig: Lag die Wahlbeteiligung im Bund bis Mitte der 80er Jahre noch regelmäßig bei rund 90 Prozent, ist diese seither auf einen historischen Tiefstand von gerade einmal knapp über 70 Prozent (2009) gesunken. Das ist ohne Frage eine besorgniserregende, wenngleich nicht unmittelbar gefährliche Entwicklung. Im europäischen und internationalen Vergleich ist die Wahlbeteiligung in Deutschland immer noch überdurchschnittlich. Bedenklich wird die Entwicklung erst, wenn vor allem bestimmte gesellschaftliche Gruppen oder soziale Schichten dem Urnengang fern bleiben. Genau diesen Trend belegt jedoch die vorliegende Studie der Bertelsmann Stiftung und des Instituts für Demoskopie Allensbach. Ob jemand wählen geht, hängt demnach erheblich davon ab, wo er wohnt, welche Freunde er hat und ob in seiner Familie über Politik gesprochen wurde. Zudem bleiben immer mehr Einkommensschwache und Bildungsferne am Wahlsonntag zu Hause. So geben aktuell 68 Prozent aus der oberen Sozialschicht an, dass sie bei der Bundestagswahl im September auf jeden Fall ihre Stimme abgeben werden. In der unteren Schicht sagen dies dagegen nur 31 Prozent. All das zeigt: Wir erleben eine zunehmend sozial gesplante Demokratie.

Dazu kommt, dass das freie Wahlrecht heute deutlich weniger als staatsbürgerliche Pflicht verstanden wird als dies noch in den 80er Jahren der Fall war. Das gilt – wie diese Studie belegt – ganz besonders für die jüngeren Generationen, wo die Nicht-Wahl inzwischen breite gesellschaftliche Akzeptanz erfährt. Zwar steigt mit zunehmendem Alter das Interesse an Politik; ist aber die Politisierung einer Erstwähler-Generation niedrig, ist das bei späteren Wahlen kaum noch aufzuholen. Insofern müssen wir uns wohl auf langfristig weiter sinkende Wahlbeteiligungen einstellen.

Es gibt aber auch Positives zu vermelden: Die Studie zeigt nämlich auch, dass wir es in Deutschland nicht mit einer generellen Demokratieverdrossenheit zu tun haben. Im Gegenteil: Während der Urnengang für die Deutschen an Bedeutung verliert, wächst die allgemeine Zufriedenheit mit



der Demokratie und dem politischen System. Im Gegenzug sinkt der Anteil der Unzufriedenen auf einen neuen Tiefstwert: Lediglich elf Prozent der Bundesbürger geben an, mit der Demokratie unzufrieden zu sein. Vor zehn Jahren sagten das noch nahezu drei Mal so viele. Und noch ein Ergebnis mag auf den ersten Blick überraschen: Entgegen der landläufigen Meinung erkennt eine wachsende Mehrheit von mittlerweile knapp zwei Dritteln der Bürger durchaus große Unterschiede zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien. Nur noch ein knappes Viertel ist aktuell der Meinung, diese seien im Grunde nicht unterscheidbar – gerade mit Blick auf die anstehenden Wahlkämpfe und das dort typische Bemühen um politische Zuspitzung ein interessantes Resultat.

Welche Schlüsse ziehen wir aus all diesen Erkenntnissen für unser Ziel, die repräsentative Demokratie durch mehr politische Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen zu stärken? Auf eine Kurzformel gebracht: Aktivierung und Erklärung statt Polarisierung. Denn ganz wesentlich wird es sein, Strategien zu entwickeln, die Jüngere und sozial schwächere Menschen wieder mehr für Politik begeistern. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich ganze Stadtteile von der politischen Teilhabe abkoppeln. Wenn Politik am Küchentisch kein Thema mehr ist, muss politische Sozialisation mehr als zuvor in der Schule stattfinden. Mit dem Schülerhaushalt hat die Bertelsmann Stiftung hier ein erstes Instrument entwickelt, das Kinder schon früh in einen politischen Entscheidungsprozess einbindet und so für dauerhafte Beteiligung motivieren soll.

Ausgehend von dieser Auftaktstudie werden wir weitere Herausforderungen für die Zukunft der Demokratie in Deutschland analysieren. Wie wirkt sich Bürgerbeteiligung auf das bestehende politische System aus? Wie gestalten wir unsere Politik generationengerecht? Wie sieht die Zukunft unserer Parlamente aus? Und wie müssen sich Parteien verändern, damit sie ihre zentrale politische Rolle weiter wahrnehmen können? Das sind die Leitfragen, die uns im Laufe des kommenden Jahres beschäftigen werden.



Dr. Jörg Dräger,
Mitglied des Vorstands
der Bertelsmann Stiftung



Prof. Dr. Robert Vehrkamp,
Direktor des Programms
Zukunft der Demokratie

Im Fokus: Die Gespaltene Demokratie

Weil Angehörige einkommens- und bildungsschwacher Schichten immer weniger wählen gehen, steigt die politische Ungleichheit in Deutschland. Der Trend einer sozial gespaltenen Demokratie verfestigt sich, auch im Bundestagswahljahr 2013.

Seit Anfang der 1970er Jahre ist in fast allen entwickelten westlichen Demokratien ein – zum Teil drastischer – Rückgang der Wahlbeteiligung zu beobachten, so auch in Deutschland.¹ Die höchste Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen hatte es 1972 mit 91,1 Prozent gegeben. Seitdem sanken die Werte, wenn auch zunächst noch vergleichsweise moderat, so dass bei der Bundestagswahl 1987 noch immerhin 84,3 Prozent aller Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben. 1990 lag dann die Wahlbeteiligung bei nur noch 77,8 Prozent und damit zum ersten Mal seit 1949 unter einem Wert von 80 Prozent. Bei der vergangenen Bundestagswahl im Jahr 2009 erreichte die Wahlbeteiligung schließlich mit nur noch 70,8 Prozent einen neuen historischen Tiefststand.

Spätestens seit Ende der 1980er Jahre zeigte sich diese abnehmende Wahlbeteiligung dann auch bei Landtagswahlen. Auch wenn die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen traditionell meist etwas niedriger liegt als bei Bundestagswahlen, hatten sich bis dahin dennoch meist etwa drei Viertel der Wahlberechtigten in den Bundesländern beteiligt. Mittlerweile liegen die Beteiligungsquoten bei Landtagswahlen meistens unter 60 Prozent.

Parallel dazu begannen Politikwissenschaftler, Soziologen und Umfrageforscher in den 1990er Jahren verstärkt, sich der Analyse der Nichtwähler zuzuwenden. Rasch stellte sich heraus, dass die anfängliche und bis heute in der öffentlichen Diskussion weit verbreitete These vom anschwellenden Protestpotenzial politisch Enttäuschter nicht zu halten war. Elisabeth Noelle-Neumann wies bereits im Frühjahr 1994 darauf hin, dass es nicht in erster Linie verärgerte Bürger waren, die auf die Teilnahme an der Wahl verzichteten, sondern eher unpolitische Menschen. „Nichtwähler“ schrieb sie, „sind beispielsweise junge Leute, die sich für Politik noch wenig interessieren und für die Wählen noch nicht staatsbürgerliche Pflicht und Gewohnheit ist (...). Sie stammen auch meist aus den untersten sozialen Schichten. Für die heroische, protestierende ‚Nichtwähler-Partei‘ bleibt da wenig übrig.“²

Damit waren bereits die Schlüsselbegriffe eingeführt, die auch im vorliegenden Untersuchungsbericht eine Rolle spielen werden: Die eigene politische Sozialisation in der Familie und im Freundeskreis, Wählen als staatsbürgerliche Pflicht und das Phänomen, dass es vor allem die unteren sozialen Schichten sind, die sich bei der Wahl enthalten.

¹ Entsprechende Daten lassen sich in der Voter Turnout Database des International Institute for Democracy and Electoral Assistance abrufen (www.idea.int/vt/).

² Elisabeth Noelle-Neumann: Der Mythos vom Nichtwähler. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. März 1994: S. 5.



Der Unterschied in der Wahlbeteiligung zwischen den sozialen Schichten hat spätestens seit Ende der 1990er Jahre deutlich zugenommen. So kamen unter anderem in jüngerer Zeit sowohl das Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) als auch die Otto-Brenner-Stiftung, beide im Wesentlichen auf der Grundlage der regelmäßig durchgeführten „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS), zu dem Schluss, dass die soziale Selektivität bei der Beteiligung an politischen Prozessen, vor allem der Wahlbeteiligung, zunimmt.³ Armin Schäfer vom Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung sieht durch die sozial selektiv sinkende Wahlbeteiligung, „das Versprechen der Demokratie, alle Interessen gleich zu berücksichtigen“ gefährdet.⁴

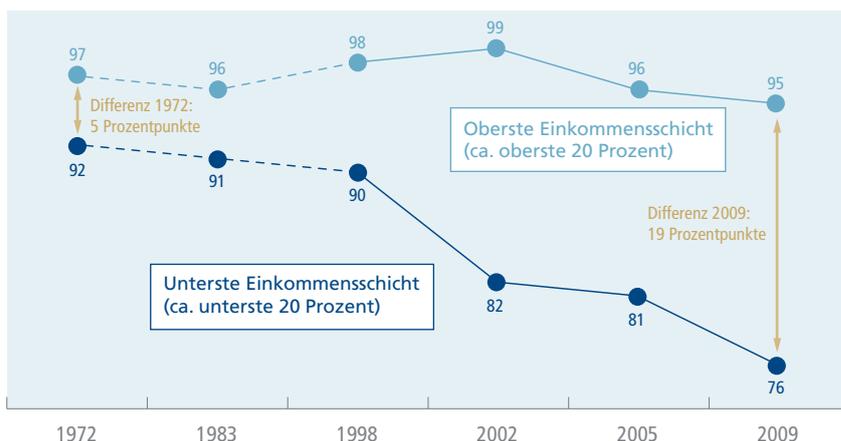
In den Daten des Instituts für Demoskopie Allensbach zeigt sich die gleiche Tendenz: Im Wahljahr 1998 gaben in einer Allensbacher Repräsentativumfrage unmittelbar nach dem Wahltermin 98 Prozent der Befragten aus der obersten Einkommensschicht an, sie hätten sich an der vorangegangenen Bundestagswahl beteiligt.⁵ Unter den Befragten aus der untersten Einkommensschicht waren es 90 Prozent. 2009 war der Anteil derjenigen, die sagten, sie wären zur Wahl gegangen, bei der obersten Einkommensschicht nur geringfügig auf 95 Prozent gesunken, bei der untersten Einkommensschicht jedoch auf 76 Prozent. In nur einem Jahrzehnt hatte sich der Abstand zwischen den beiden Gruppen von 8 auf 19 Prozentpunkte vergrößert, im Vergleich zu 1972 sogar von 5 auf 19 Prozentpunkte (Abbildung 1).

Abbildung 1: Die Wahlbeteiligung von Geringverdienern sinkt stetig

Angaben in Prozent

Frage: „Haben Sie bei der Bundestagswahl am (...) gewählt, oder sind Sie nicht zur Wahl gegangen?“

Antwort: „Ja, ich habe gewählt.“



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Wahlberechtigte (bis 1991: Westdeutschland).

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen.

Bertelsmann Stiftung

³ Wolfgang Merkel, Alexander Petring: Politische Partizipation und demokratische Inklusion. In: Tobias Mörschel, Christian Krell (Hrsg.): Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS 2012: S. 93–119. Sebastian Bödeker: Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. OBS-Arbeitspapier Nr. 1. Frankfurt: Otto Brenner Stiftung 2012.

⁴ Armin Schäfer: Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa. In: Zeitschrift für Vergleichende Politische Wissenschaft. 2010/4: S.131–156

⁵ Es ist zu beachten, dass in Nachwahlbefragungen die Wahlbeteiligung regelmäßig höher liegt als die tatsächlich realisierte Wahlbeteiligung, da einzelne Befragte aus gefühltem sozialem Druck angeben, sie hätten gewählt.

Im Prinzip das gleiche Muster zeigt sich, wenn man statt der Einkommensgruppen die Schulbildung oder die sozioökonomische Schichtzugehörigkeit der Befragten betrachtet.⁶ Während sich – nach eigenen Angaben – die Wahlbeteiligung der Bürger mit Abitur oder Studienabschluss in den letzten Jahrzehnten kaum verringert hat, ist sie bei den Befragten mit Hauptschulabschluss oder Mittlerer Reife deutlich rückläufig.

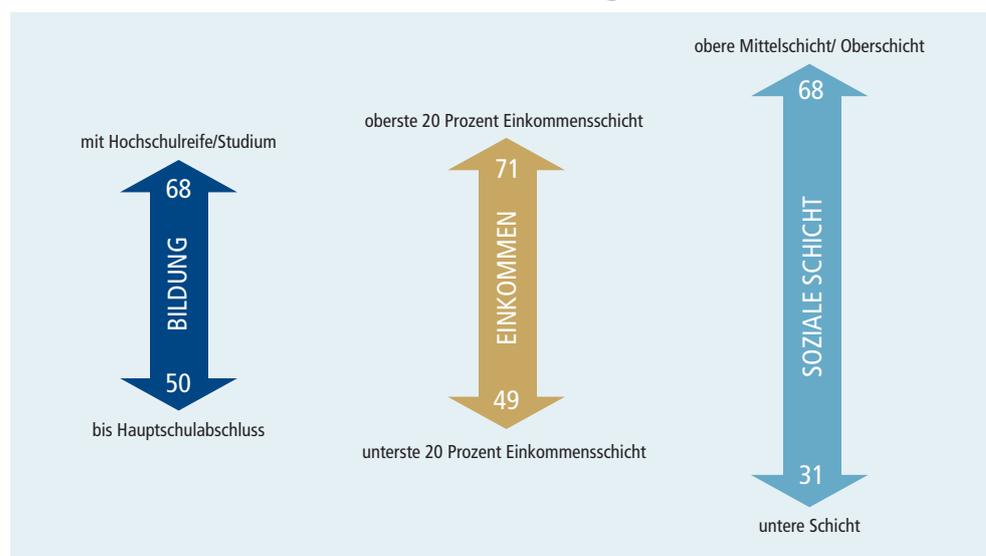
Dieser Trend einer sozial zunehmend gespaltenen Demokratie in Deutschland scheint sich auch im Wahljahr 2013 zu verfestigen (Abbildung 2).

Abbildung 2: Bundestagswahl 2013: Große Unterschiede zwischen den sozialen Schichten bei Wahlwahrscheinlichkeit

Angaben in Prozent

Frage: „Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie am 22. September zur Bundestagswahl gehen?“

Bestimmt zur Wahl gehen:



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 6064 und 11006.

| BertelsmannStiftung

Wenige Monate vor der Bundestagswahl 2013 sagen 68 Prozent der Wahlberechtigten mit Abitur und/oder Studium von sich selbst, dass sie bestimmt zur Wahl gehen werden, während dies nur 50 Prozent der Menschen mit Volksschul- oder Hauptschulabschluss sowie Menschen ohne Schulabschluss sagen. Noch größer ist die Kluft zwischen den Einkommensklassen: Während in der

⁶ Die Befragten ordneten sich selbst einer sozialen Schicht zu. Zur Auswahl standen „untere Schicht“, „untere Mittelschicht“, „obere Mittelschicht“, „Oberschicht“.



obersten Einkommensklasse 71 Prozent bestimmt zur Wahl gehen, liegt der Wert in der untersten Einkommensklasse bei lediglich 49 Prozent. Am eklatantesten zeigt sich die soziale Spaltung in der Wahlabsicht zur Bundestagswahl 2013 jedoch zwischen den sozialen Schichten: Während die Wahlberechtigten der oberen Mittel- und Oberschicht zu 68 Prozent schon jetzt die Absicht hegen, bestimmt zur Wahl zu gehen, sagen dies aus der unteren Schicht nur 31 Prozent, eine Differenz also in Höhe von 37 Prozentpunkten.

Nach der vorliegenden Datenlage kann somit kein Zweifel daran bestehen, dass die Teilnahme am politischen Geschehen vor allem bei den unteren sozialen Schichten rückläufig ist. Menschen mit einem geringeren Bildungshintergrund, weniger Einkommen und insgesamt geringerem Sozialstatus gehen weitaus weniger zur Wahl als dies Menschen mit höherer Bildung und besserem Einkommen tun. Dabei sind Wahlen – und zuvorderst Bundestagswahlen – das im demoskopischen Sinne immer noch repräsentativste Partizipationsinstrument. Schaut man auf andere und insbesondere neue alternative Partizipationsformen, so überträgt sich hier die von der Bevölkerung wahrgenommene soziale Kluft noch weitaus stärker ins politische System.

Zumindest für die Bundestagswahlen seit 1998 ergibt sich daraus das Bild einer zunehmend sozial gespaltenen Demokratie in Deutschland. Der Rückgang der Wahlbeteiligung ist spätestens seit Ende der 1990er Jahre vor allem darauf zurückzuführen, dass sich die einkommens- und bildungschwachen Schichten der Bevölkerung immer weniger an den Wahlen beteiligen. Dieser Trend scheint sich auch für die anstehende Bundestagswahl 2013 zu verfestigen.

Die soziale Spaltung unserer Demokratie lässt sich zum Teil auf das soziokulturelle Umfeld und die Werte und Einstellungen unterer sozialer Schichten zurückführen. So bewegen sich Menschen aus der unteren Schicht eher in Freundeskreisen, in denen nur eine Minderheit wählen geht, sie wurden weniger im Elternhaus politisch sozialisiert als der Durchschnittsbürger und sie fühlen weniger, dass Wählen als Bürgerpflicht aufzufassen sei.⁷

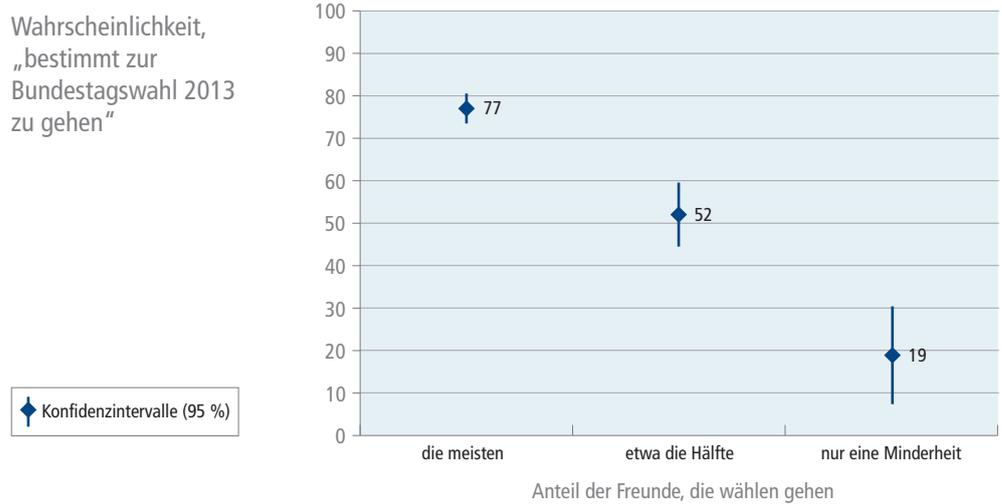
Alle drei Faktoren erweisen sich jedoch auch unabhängig von der sozialen Schicht als hoch relevant für die Absicht, bestimmt bei der Bundestagswahl 2013 zu wählen. So geht ein nach verschiedenen Merkmalen durchschnittlicher Wahlberechtigter mit einer Wahrscheinlichkeit von 77 Prozent „bestimmt zur Bundestagswahl“, wenn er annimmt, dass auch in seinem Freundeskreis die meisten an der Wahl teilnehmen.⁸ Hingegen sinkt diese Wahrscheinlichkeit auf lediglich 19 Prozent, wenn ein Wahlberechtigter annimmt, dass auch in seinem Freundeskreis die meisten ihr Stimmrecht ungenutzt lassen und sich nicht an der Wahl beteiligen.

⁷ Für die Unterschiede zum Freundeskreis: siehe Tabelle 17, S. 45. Für die Unterschiede zum Wählen als Bürgerpflicht: siehe Tabelle 12, S. 38. Zu den Unterschieden in der politischen Sozialisation im Elternhaus: 29 Prozent in der oberen Mittel- und Oberschicht sprachen/sprechen im Elternhaus oft oder sehr oft über Politik, jedoch nur 14 Prozent in der unteren Schicht.

⁸ Die genannten vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten entstammen der Regressionsanalyse in Kapitel 5.

Abbildung 3: Orientierung am Umfeld – Freunde die wählen, motivieren zur Stimmabgabe

Angaben in Prozent. Methode: vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten aus logistischer Regression



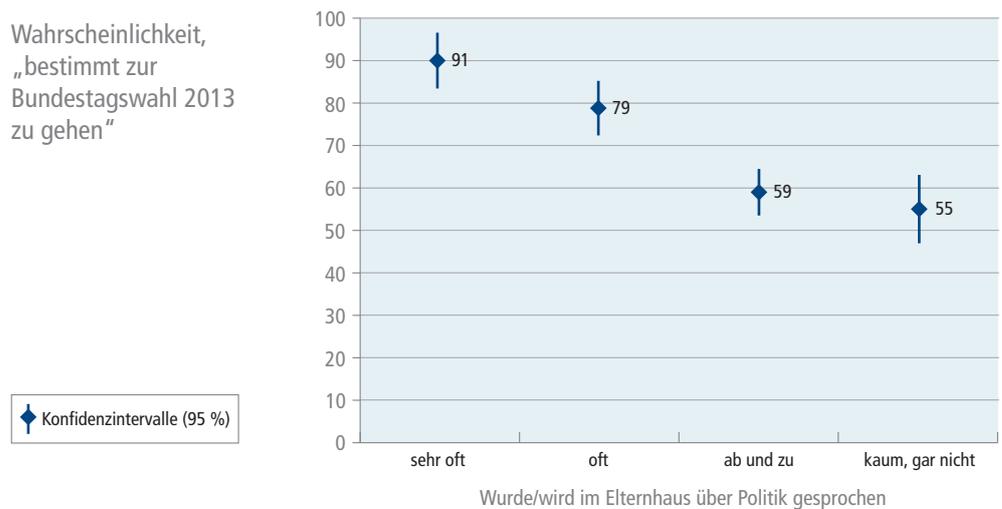
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Wahlberechtigte.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

| BertelsmannStiftung

Abbildung 4: Sozialisation im Elternhaus – Gespräche über Politik wirken nach

Angaben in Prozent. Methode: vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten aus logistischer Regression



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Wahlberechtigte.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

| BertelsmannStiftung



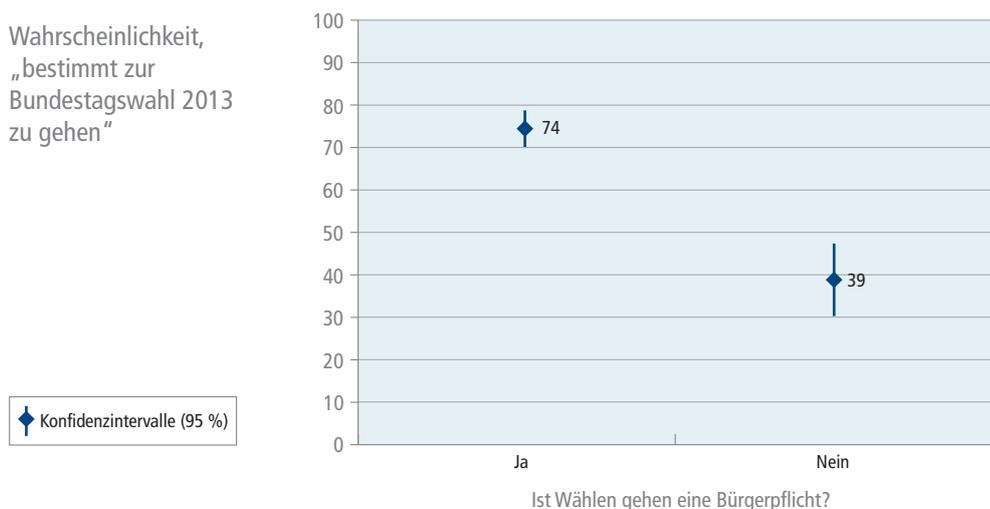
Fast ebenso stark differenziert die individuelle Wahlwahrscheinlichkeit mit der im eigenen Elternhaus erfahrenen politischen Sozialisation. Wurde im Elternhaus sehr oft über Politik gesprochen, liegt die Wahrscheinlichkeit der eigenen Wahlbeteiligung bei 91 Prozent. Wurde im Elternhaus kaum oder gar nicht über Politik gesprochen, sinkt die Wahlwahrscheinlichkeit auf 55 Prozent.

Auch das Empfinden des eigenen Wahlrechts als eine demokratische Bürgerpflicht erweist sich als eine wichtige Determinante der individuellen Wahlabsicht. Sieht ein durchschnittlicher wahlberechtigter Bürger sein Wahlrecht als demokratische Pflicht eines guten Bürgers an, liegt die Wahrscheinlichkeit seiner Stimmabgabe bei 74 Prozent, während sie auf lediglich 39 Prozent sinkt, wenn das gleiche Individuum die Auffassung vertritt, dass es nicht zu den Pflichten eines guten Bürgers gehöre, sein Wahlrecht auch tatsächlich auszuüben.

Zusammenfassend bestätigen auch die individuellen Wahlwahrscheinlichkeiten den Gesamtbefund einer zunehmend sozial gespaltenen Demokratie in Deutschland, in der sich die Wahlbeteiligung nach sozioökonomischen und soziokulturellen Faktoren zunehmend ungleich entwickelt. Die einkommens- und bildungsschwachen Schichten beteiligen sich zunehmend weniger an Wahlen, eine Entwicklung, die sich durch soziokulturelle Einstellungsfaktoren sowie familiäre und sonstige Umfeldfaktoren der politischen Sozialisation noch zu verstärken scheint. Die vorliegenden Daten stützen wenige Monate vor der Bundestagswahl die Vermutung, dass sich diese soziale Spaltung der Demokratie in Deutschland auch bei der anstehenden Bundestagswahl 2013 zeigen wird.

Abbildung 5: Wählen als Bürgerpflicht – Wer sich verpflichtet fühlt, wird bestimmt wählen

Angaben in Prozent. Methode: vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten aus logistischer Regression



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Wahlberechtigte.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

Bertelsmann Stiftung

1. Der Mythos von der Demokratieverdrossenheit

Die Deutschen sind, in Ost und West, zufrieden mit ihrer Demokratie. Sie sehen durchaus Unterschiede zwischen den Parteien. Eine gefühlte wachsende soziale Ungleichheit übersetzt sich nicht in Demokratieverdross.

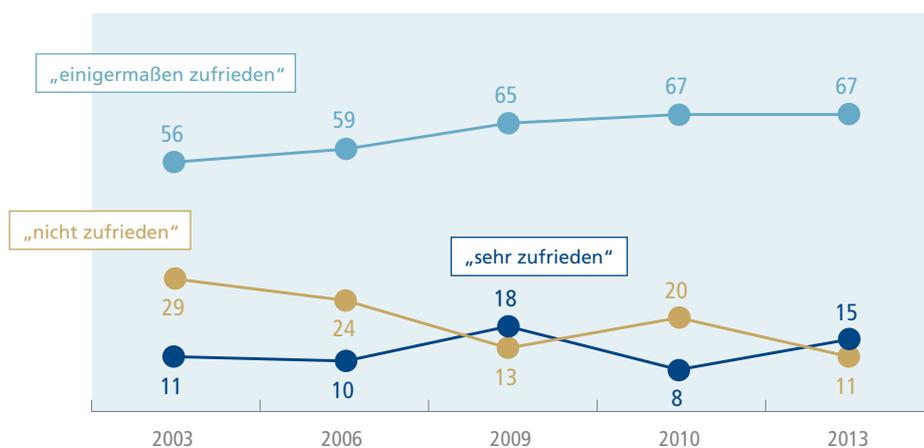
Der Unterschied in der Wahlbeteiligung zwischen den sozialen Schichten hat spätestens seit Ende der 1990er Jahre deutlich zugenommen. Woran liegt das? Und welche Auswirkungen hat der Rückzug von Teilen der Gesellschaft auf das Bild der Demokratie als Ganzes? Schaut man sich die Trendentwicklung bei Fragen zur Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland in den letzten zwei Jahrzehnten an, dann stellt man fest, dass trotz der vielfach beschriebenen wiederkehrenden Wellen von Parteienverdrossenheit eine grundsätzliche Abwendung vom politischen System nicht zu erkennen ist.

Eher zeigt sich das Gegenteil. Der Anteil derjenigen, die sagen, sie seien mit der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland einigermaßen zufrieden oder sogar sehr zufrieden, ist in den Jahren seit 2003 von 67 Prozent auf 83 Prozent gestiegen. Die Zahl derer, die sich ausdrücklich unzufrieden äußern, hat sich von 29 auf elf Prozent um fast zwei Drittel verringert (allerdings schwanken die Anteile recht stark, Abbildung 6).

Abbildung 6: Zufriedenheit mit der Demokratie

Angaben in Prozent / an 100 fehlende Prozent: „Weiß nicht“ oder keine Angabe

Frage: „Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit der Demokratie in der Bundesrepublik und unserem ganzen politischen System?“



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5180, 7097, 10033, 10049 und 11006.

| BertelsmannStiftung



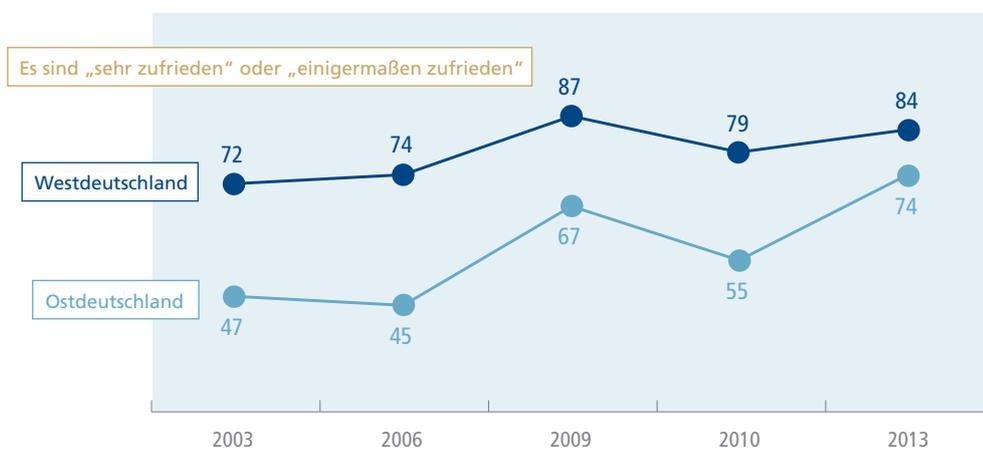
Dabei sind die Unterschiede zwischen den Jüngeren und Älteren gering. Quer durch alle Altersgruppen sind stets weniger als 13 Prozent unzufrieden mit der Demokratie. Die hohen Zufriedenheitswerte mit der Demokratie und dem politischen System in Deutschland insgesamt ziehen sich durch alle Bevölkerungsschichten. Jedoch ist der Anteil von Unzufriedenen mit 20 Prozent in der unteren sozialen Schicht mehr als dreimal so hoch ist wie in den obersten sozialen Schichten.

In den neuen Bundesländern ist die Zufriedenheit mit der Demokratie besonders stark angestiegen, so dass sich in diesem Punkt der Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland mehr als halbiert hat (Abbildung 7) – ein Befund, der sich gut in eine Vielzahl von Umfrageergebnissen aus der jüngeren Zeit einreicht. Diese zeigen, dass die weltanschaulichen und atmosphärischen Konflikte zwischen West- und Ostdeutschen, die das öffentliche Klima in den 1990er Jahren stark prägten, inzwischen in rascher Auflösung begriffen sind.⁹

Abbildung 7: Zufriedenheit mit der Demokratie – Ost- und Westdeutschland

Angaben in Prozent

Frage: „Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit der Demokratie in der Bundesrepublik und unserem ganzen politischen System?“



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5180, 7097, 10033, 10049 und 11006.

| BertelsmannStiftung

⁹ Institut für Demoskopie Allensbach: Die gegenseitige Wahrnehmung Ost- und Westdeutscher und das Image ostdeutscher Hochschulen bei Abiturienten, Studenten und Absolventen aus Westdeutschland. Ergebnisse einer Grundlagenstudie im Auftrag der Hochschulinitiative Neue Bundesländer. Allensbacher Archiv, IfD-Bericht Nr. 7834, 2013.

Eine zweite Entwicklung erscheint überraschend und widerspricht einem vielfach wiederkehrenden Motiv in der öffentlichen Debatte über Politik. Die Parteien, so ist seit vielen Jahren zu vernehmen, unterschieden sich nicht mehr. Sie näherten sich mehr und mehr in ihren inhaltlichen Positionen einander an, Unterscheidungs- und Konturierungsmerkmale verschwänden. Tatsächlich sind, wie Heribert Prantl schreibt, „politische Blöcke mit scharf getrennter Programmatik“ verschwunden.¹⁰ Für den Wähler, so die zugrundeliegende Annahme, würde ein Wahlgang aufgrund der Austauschbarkeit der Parteien zunehmend unattraktiv und auch die Demokratie insgesamt habe darunter zu leiden.

Die Zahlen sprechen hingegen eine andere Sprache. Auf die Frage „Glauben Sie, dass es zwischen den einzelnen Parteien im Bundestag große Unterschiede gibt, oder sind die Parteien im Grunde genommen alle gleich?“ antworteten im Jahr 1991, also noch vor Aufkommen der öffentlichen Diskussion um die Parteienverdrossenheit, 61 Prozent der vom Allensbacher Institut befragten Bürger, sie sähen das nicht so, es gebe durchaus Unterschiede zwischen den Parteien. Nur 31 Prozent meinten, die Parteien seien doch eigentlich alle gleich. In den seither vergangenen 22 Jahren ist der Anteil derer, die die Parteien für austauschbar halten, nicht etwa gewachsen, wie man angesichts des Tenors der öffentlichen Diskussion der letzten Jahre vielleicht vermuten könnte, sondern erkennbar zurückgegangen. Heute halten noch 24 Prozent die Parteien für austauschbar, immerhin sieben Prozentpunkte weniger als 1991 (Abbildung 8).

Abbildung 8: Sind die Parteien alle gleich?

Angaben in Prozent / an 100 fehlende Prozent: Unentschieden, keine Angabe

Frage: „Glauben Sie, dass es zwischen den einzelnen Parteien im Bundestag große Unterschiede gibt, oder sind die Parteien im Grunde genommen alle gleich?“



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5055, 6064 und 11006.

| BertelsmannStiftung

¹⁰ Heribert Prantl: Warum Wähler und Parteien im Lagerdenken verharren. In: sueddeutsche.de vom 22. Januar 2013, www.sueddeutsche.de/politik/schwarz-gelb-und-rot-gruen-warum-waehler-und-parteien-im-lagerdenken-verharren-1.1580394



Die Zufriedenheit mit der Demokratie korrespondiert auch mit einer positiven Einschätzung von politischem Engagement. Nur eine Minderheit von 27 Prozent der Bevölkerung stimmt der Aussage zu, es bringe nichts, sich politisch zu engagieren, da könne man als Bürger ohnehin nichts ausrichten. Eine überwältigende Mehrheit von 60 Prozent der Befragten widerspricht der Aussage (Tabelle 1), und auch die junge Generation, die sich deutlich weniger an Wahlen beteiligt als die ältere – ein Punkt, auf den im weiteren Verlauf noch ausführlicher eingegangen wird –, zeigt sich nicht resignierter als die älteren Altersgruppen (Tabelle 2).

Tabelle 1: Nur ein Viertel sagt, politisches Engagement sei sinnlos

Angaben in Prozent

Frage: „Wenn jemand sagt: 'Es bringt nichts, sich politisch zu engagieren. Da kann man als Bürger ohnehin nichts ausrichten.' Würden Sie dem zustimmen, oder sehen Sie das nicht so?“

	Bevölkerung insgesamt	West-deutschland	Ost-deutschland
Zustimmen	27	26	29
Sehe das nicht so	60	62	54
Keine Angabe	13	12	17
	100	100	100
n =	1.548	1.122	426

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

| BertelsmannStiftung

Tabelle 2: Keine überdurchschnittliche Resignation bei der jungen Generation

Angaben in Prozent

Frage: „Wenn jemand sagt: 'Es bringt nichts, sich politisch zu engagieren. Da kann man als Bürger ohnehin nichts ausrichten.' Würden Sie dem zustimmen, oder sehen Sie das nicht so?“

Befragte im Alter von –	16 bis 29 Jahren	30 bis 44 Jahren	45 bis 59 Jahren	60 Jahren und älter
Zustimmen	29	26	26	27
Sehe das nicht so	57	57	64	60
Keine Angabe	14	17	10	13
	100	100	100	100
n =	279	339	414	516

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

| BertelsmannStiftung

Allerdings zeigt sich auch, dass die Angehörigen der untersten sozialen Schicht erheblich häufiger als der Durchschnitt der Bevölkerung der Aussage „Es bringt nichts, sich politisch zu engagieren. Da kann man als Bürger ohnehin nichts ausrichten“ zustimmen. Sie sagen mit einer relativen Mehrheit von 45 Prozent, diese Aussage treffe auch ihre eigene Meinung – fast dreimal so viele wie in den oberen sozialen Schichten (Tabelle 3). Im Prinzip die gleichen Antwortmuster zeigen sich auch bei den Reaktionen auf die Aussage „Im Prinzip ist es doch egal, welche Partei ich wähle. Meine Stimme ist doch ohnehin nicht wichtig“.

Tabelle 3: In der Unterschicht sagt fast jeder Zweite „Es bringt nichts, sich politisch zu engagieren“

Angaben in Prozent

Frage: „Wenn jemand sagt: 'Es bringt nichts, sich politisch zu engagieren. Da kann man als Bürger ohnehin nichts ausrichten.' Würden Sie dem zustimmen, oder sehen Sie das nicht so?“

Soziale Schicht	untere Schicht	untere Mittelschicht	obere Mittelschicht/ Oberschicht
Zustimmen	45	31	18
Sehe das nicht so	35	57	70
Keine Angabe	20	13	12
	100	100	100
n =	106	800	557

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

| BertelsmannStiftung

Die Deutschen sind alles in allem zufrieden mit ihrer Demokratie. Egal ob Jung oder Alt, das politische System in Deutschland findet breite Akzeptanz in der Bevölkerung. Menschen mit einem geringeren Bildungshintergrund und niedrigem Sozialstatus stimmen ebenso wie Menschen mit höherem Bildungshintergrund und größerem Einkommen in ihrer breiten Mehrheit mit dieser Einschätzung überein. Gleichwohl gibt es in dieser Frage Unterschiede zwischen den Gesellschafts- und Bildungsschichten. Generell gilt: Je niedriger die soziale Schicht, desto größer der Anteil derjenigen, die sich mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland unzufrieden zeigen.

Woher kommt die hohe Demokratiezufriedenheit? Hängt sie mit der, gerade im europäischen Vergleich, guten wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands zusammen? In unserem Fall erscheint durchaus die landläufig geteilte Position von Interesse, dass eine gewisse Zufriedenheit der Bevölkerung mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eher förderlich als hinderlich für eine stabile Demokratie ist. Aus diesem Grund haben wir in dieser Studie nicht nur nach politischen Einstellungen und Einschätzungen gefragt, sondern auch die soziale und wirtschaftliche Situation des Landes in den Blick genommen.



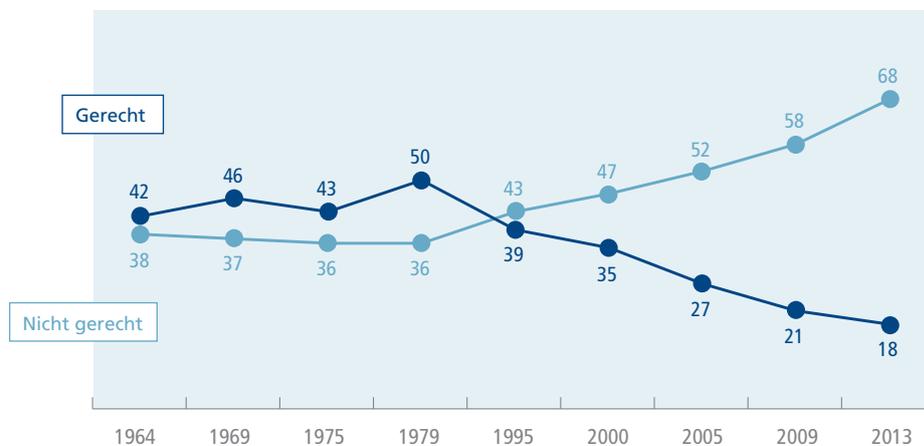
Auf die Frage „Wie sehen Sie das: Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland – ich meine, was die Menschen besitzen und was sie verdienen – im Großen und Ganzen gerecht oder nicht gerecht?“ antwortete in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland stets eine knappe relative Mehrheit, die Verhältnisse seien gerecht. Etwas mehr als ein Drittel entschied sich für die Antwort „Nicht gerecht“.

Noch im Jahr 1995 zeigte sich die Bevölkerung in dieser Frage gespalten. 39 Prozent, die die Verhältnisse als gerecht einstufen, standen 43 Prozent gegenüber, die sie als nicht gerecht bezeichneten. Seitdem ist jedoch die Zahl derjenigen, die die wirtschaftlichen Verhältnisse als ungerecht empfinden, kontinuierlich und geradezu dramatisch gewachsen. Heute bezeichnen 68 Prozent der Deutschen die Besitz- und Einkommensverteilung im Land als ungerecht. Nur noch 18 Prozent widersprechen (Abbildung 9).

Abbildung 9: Wachsendes Gefühl von Ungerechtigkeit

Angaben in Prozent / an 100 fehlende Prozent: Unentschieden, keine Angabe

Frage: „Wie sehen Sie das: Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland – ich meine, was die Menschen besitzen und was sie verdienen – im Großen und Ganzen gerecht oder nicht gerecht?“



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre (1964 bis 1979: Westdeutschland).

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 1092, 2052, 3112, 3064, 6017, 6087, 7076, 10048 und 11006.

| BertelsmannStiftung

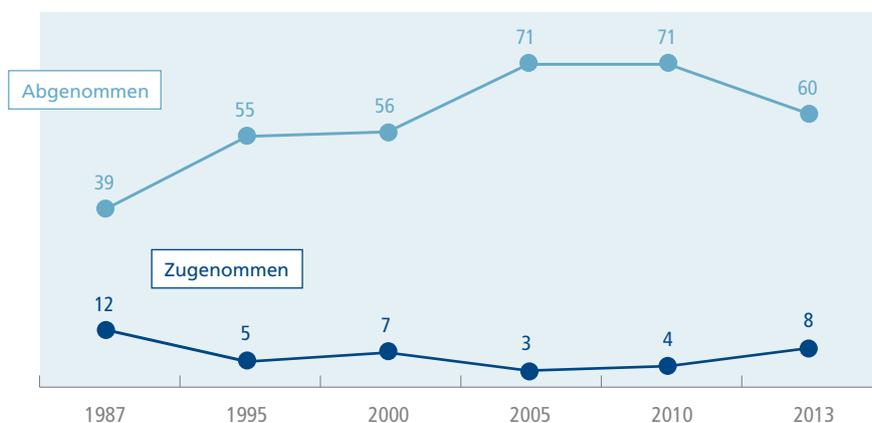
Folgerichtig vertritt auch eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung die Ansicht, die soziale Gerechtigkeit im Land habe abgenommen, und auch hier ist in den letzten Jahrzehnten eine sehr deutliche Zunahme zu verzeichnen. Während im Jahr 1987 noch 39 Prozent der Befragten auf die Frage „Hat die soziale Gerechtigkeit bei uns in den letzten drei, vier Jahren zugenommen, abgenommen, oder ist sie gleich geblieben?“ antworteten, sie habe abgenommen, stieg der Anteil in den darauffolgenden Jahrzehnten auf bis zu 71 Prozent. Heute liegt er mit 60 Prozent etwas unter dem Niveau der Jahre 2005 und 2010, die Mehrheitsverhältnisse sind dennoch eindeutig. Man kann es beinahe als Konsens in der öffentlichen Meinung beschreiben, dass die soziale

Gerechtigkeit abnimmt. Der Gedanke, dass es im Bereich der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland in den letzten Jahren vielleicht Fortschritte gegeben haben könnte, kommt praktisch nicht auf. Ihn äußern seit zwei Jahrzehnten stets weniger als zehn Prozent der Bevölkerung (Abbildung 10).

Abbildung 10: Soziale Gerechtigkeit

Angaben in Prozent / an 100 fehlende Prozent: „Gleich geblieben“ oder unentschieden

Frage: „Was meinen Sie: Hat die soziale Gerechtigkeit bei uns in den letzten drei, vier Jahren zugenommen, abgenommen oder ist sie gleich geblieben?“



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre (1964 bis 1979: Westdeutschland).

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 1092, 2052, 3112, 3064, 6017, 6087, 7076, 10048 und 11006.

| BertelsmannStiftung

In die gleiche Richtung deuten trotz zwischenzeitlich größerer Schwankungen auch die Antworten auf eine weitere Trendfrage, die vor allem bei Grundlagenuntersuchungen zum gesellschaftlichen Wert der Freiheit von großer Bedeutung ist.¹¹ Sie lautet: „Zwei Männer¹² unterhalten sich über das Leben. Der Erste sagt: ‚Jeder ist seines Glückes Schmied. Wer sich heute wirklich anstrengt, der kann es auch zu etwas bringen.‘ Der Zweite sagt: ‚Tatsächlich ist es so, dass die einen oben sind, und die anderen sind unten und kommen bei den heutigen Verhältnissen auch nicht hoch, so sehr sie sich auch anstrengen.‘ Was würden Sie persönlich sagen: Wer von beiden hat eher recht, der Erste oder der Zweite?“

Die Frage ist hier deswegen von Interesse, weil sie einen Indikator dafür bietet, in welchem Maße die Bevölkerung sich den Begrenzungen ihrer materiellen Lebensumstände wehrlos ausgesetzt und damit letztlich hilflos fühlt. Denn genau die Annahme, eine wachsende Frustration angesichts der eigenen unbefriedigenden sozialen Lage und mangelnder Partizipationsmöglichkeiten, ist oft der Kern der These der sozialen Ursachen wachsender Wahlenthaltung. Mehr noch: Die Frage einer möglichen Politik- oder Demokratieverdrossenheit scheint in der öffentlichen Debatte untrennbar mit der Wahrnehmung der sozialen Situation in Deutschland verbunden.

¹¹ Vgl. hierzu: Thomas Petersen: Die Einstellung der Deutschen zum Wert der Freiheit. In: Ulrike Ackermann (Hrsg.): Freiheitsindex Deutschland 2011. Frankfurt: Humanties Online 2012: S. 17-56. Dort S. 33-35.

¹² Bei weiblichen Befragten heißt es: „Zwei Frauen...“

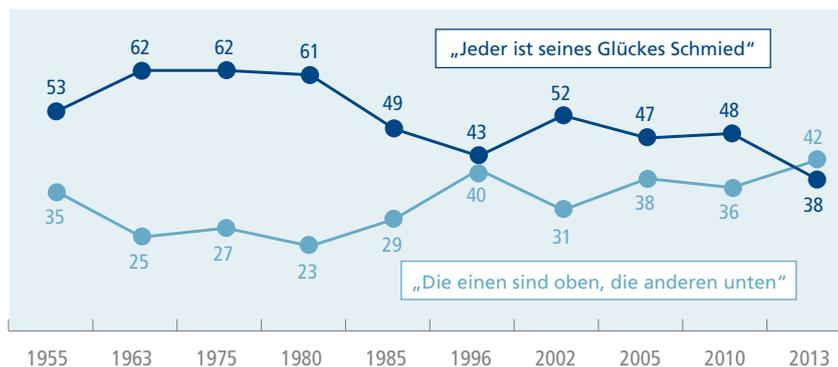


Die Antworten auf die Frage, ob jeder Mensch seines Glückes Schmied sei, zeigt über lange Sicht gesehen einen durchaus klaren Trendverlauf. Die Zahl derjenigen Befragten, die der Ansicht sind, jeder Mensch sei seines Glückes Schmied, schwankte zwar in den letzten Jahren erheblich, doch alles in allem hat er vor allem in jüngerer Zeit deutlich abgenommen. Daher überwiegt in der aktuellen Befragung zum ersten Mal in Deutschland insgesamt der Anteil derjenigen, die die These, jeder sei seines Glückes Schmied, zurückweisen und stattdessen sagen, wer sich am unteren Ende der Gesellschaft befinde, habe keine Chancen, aufzusteigen (Abbildung 11).

Abbildung 11: Sinkendes Vertrauen in die Kraft des Einzelnen

Angaben in Prozent / an 100 fehlende Prozent: Unentschieden

Frage: „Zwei Männer/Frauen unterhalten sich über das Leben. Der/die Erste sagt: 'Jeder ist seines Glückes Schmied. Wer sich heute wirklich anstrengt, der kann es auch zu etwas bringen.' Der/die Zweite sagt: 'Tatsächlich ist es so, dass die einen oben sind, und die anderen sind unten und kommen bei den heutigen Verhältnissen auch nicht hoch, so sehr sie sich auch anstrengen.' Was würden Sie persönlich sagen: Wer von beiden hat eher recht – der/die Erste oder der/die Zweite?“



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre (1955 bis 1985: Westdeutschland).

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 082, 1082, 3018, 3082, 4045, 6028, 7017, 7065, 10063 und 11006.

| Bertelsmann Stiftung

Es kann nicht die Aufgabe der vorliegenden Untersuchung sein, die Ursache für diese veränderte Wahrnehmung der sozialen Verhältnisse in Deutschland im Detail zu ergründen. Entscheidend ist, dass die soziale Lage im Land von der Bevölkerung als zunehmend ungerecht empfunden wird, dass der Glaube an die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs schwindet, und es sich dabei nicht um marginale, sondern um massive Veränderungen der Einschätzungen handelt. Umso erstaunlicher: Diese fundamentale Unzufriedenheit der Menschen überträgt sich nicht auf ihre Demokratiewahrnehmung und -zufriedenheit. Die Deutschen sind nicht dank der wirtschaftlichen und sozialen Lage im Land zufrieden mit der Demokratie. Eher das Gegenteil ist der Fall: Sie sind trotz der wahrgenommenen Ungleichheiten bereit, dem politischen System in Deutschland und seiner Demokratie großes Vertrauen entgegenzubringen. Eine wachsende soziale Unzufriedenheit über die sozialen Verhältnisse hat derzeit nicht das Potenzial, die positive Grundeinstellung der Deutschen gegenüber der Demokratie grundsätzlich zu ändern.

2. Geringes Politikinteresse der Jüngeren

Das Interesse der Deutschen an Politik erodiert nicht. Doch schon heute ist absehbar, dass die jüngere Generation auch in Zukunft die Politik weniger spannend findet – und Wahlen eher fernbleibt als frühere Generationen.

Eine der Kategorien, die besondere Aufmerksamkeit verdient, wenn es darum geht, die Motive der Wahlbeteiligung zu untersuchen, ist das Interesse an Politik. Ob sich jemand für Politik interessiert oder nicht, ist von einer Vielzahl von Faktoren abhängig, die auch mit der Wahlbeteiligung verknüpft sind. Das Interesse an Politik ist damit kein von den anderen Einflussfaktoren der Wahlbeteiligung losgelöstes Kriterium, sondern ein Faktor von vielen in dem komplexen Geflecht der sich gegenseitig beeinflussenden Motivationen. Es kann allerdings kaum bestritten werden, dass es sich um eine wesentliche Kategorie handelt. Die Feststellung, dass sich Menschen, die sich für Politik interessieren, auch mit größerer Wahrscheinlichkeit an Wahlen beteiligen, ist eine Banalität. Der Zusammenhang ist jedoch so außerordentlich stark, dass er dennoch Aufmerksamkeit verdient. In der vorliegenden Untersuchung wurden die wahlberechtigten Befragten gebeten anzugeben, wie wahrscheinlich es ist, dass sie bei der kommenden Bundestagswahl am 22. September 2013 zur Wahl gehen. Von den politisch Interessierten sagten 76 Prozent, dass sie im September „bestimmt“ zur Wahl gehen werden, unter denjenigen, die sich „nicht besonders“ oder „gar nicht“ politisch interessiert zeigten, machten nur 36 Prozent die gleiche Angabe (Tabelle 4).

Tabelle 4: Politisches Interesse und Wahlbeteiligung

Angaben in Prozent / x = weniger als 0,5 Prozent

Frage: „Wenn Wahlen stattfinden, geben viele Leute ihre Stimme ab, andere kommen nicht dazu, ihre Stimme abzugeben, oder nehmen aus anderen Gründen nicht an der Wahl teil. Sagen Sie mir bitte, wie wahrscheinlich es ist, dass Sie am 22. September zur Bundestagswahl gehen. Werden Sie ...“

Wahlberechtigte, die ...	politisch interessiert sind	nicht besonders oder gar nicht politisch interessiert sind
„bestimmt zur Wahl gehen“	76	36
„wahrscheinlich zur Wahl gehen“	21	33
„vielleicht zur Wahl gehen“	2	19
„wahrscheinlich/bestimmt nicht zur Wahl gehen“	1	10
Weiß nicht, keine Angabe	x	2
	100	100
n =	819	669

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

| BertelsmannStiftung



Unter den vielen in dieser Studie untersuchten möglichen Einflussgrößen auf die Wahlbeteiligung gibt es nur eine weitere, nämlich das Wahlverhalten des persönlichen Umfeldes (siehe fünftes Kapitel), die noch stärker „differenziert“, bei der sich also die Angehörigen der verschiedenen Vergleichsgruppen noch stärker in ihrer Wahlabsicht voneinander unterscheiden.

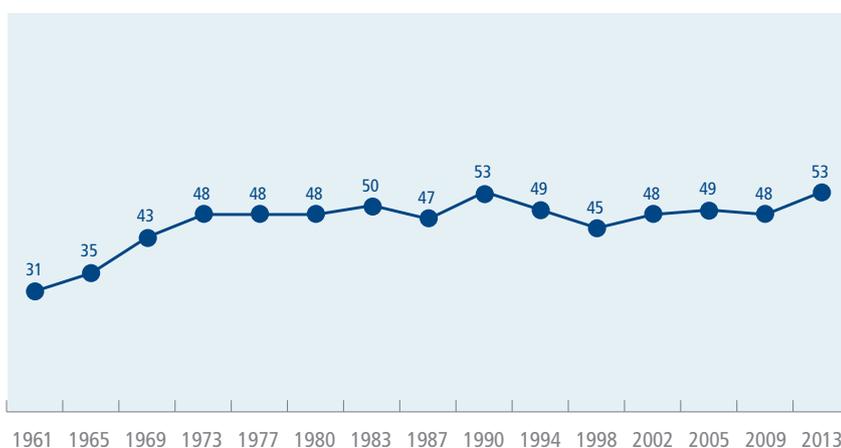
Deswegen ist es als bemerkenswert festzuhalten, dass das generelle politische Interesse der Bevölkerung, anders als die Wahlbeteiligung, in den letzten Jahrzehnten nicht zurückgegangen ist. Der Anteil derjenigen, die auf die Frage „Interessieren Sie sich für Politik?“ mit „Ja“ antwortet, stieg im Verlauf der 1960er Jahre deutlich von etwa einem Drittel der Westdeutschen bis auf rund die Hälfte der Bevölkerung. Im Jahr 1983 wurde zum ersten Mal die 50-Prozent-Marke überschritten. Seitdem haben sich die Werte auf diesem Niveau gehalten (Abbildung 12).

Abbildung 12: Politikinteresse

Angaben in Prozent

Frage: „Interessieren Sie sich für Politik?“

Antwort: „Ja!“



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre (1961 bis 1987: Westdeutschland).

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11006.

Bertelsmann Stiftung

Von einer generellen Erosion des Politikinteresses ist auf den ersten Blick nichts zu erkennen. Allerdings sagen junge Befragte unter 30 Jahren nur zu 34 Prozent, dass sie sich für Politik interessieren, während dies auf 53 Prozent der Gesamtbevölkerung zutrifft. Menschen mit Volks- oder Hauptschulabschluss interessieren sich deutlich weniger für Politik als Befragte mit Abitur oder einem abgeschlossenen Hochschulstudium (47 zu 61 Prozent).

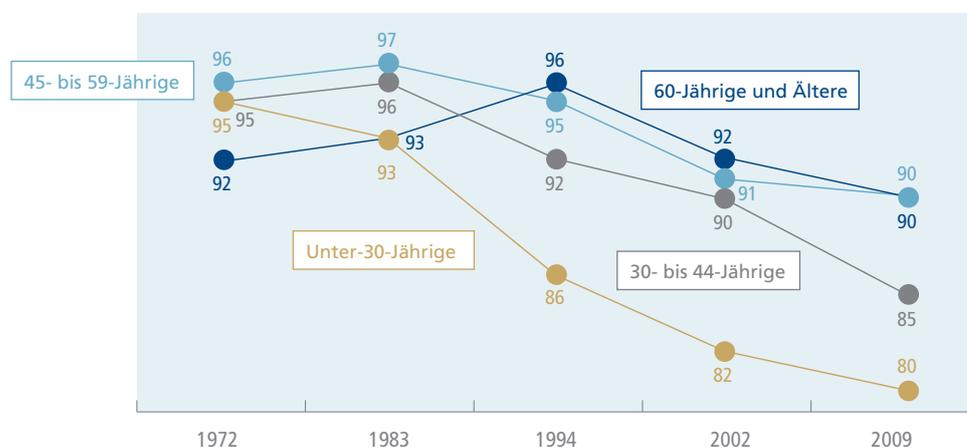
Dennoch: Insgesamt betrachtet ist das politische Interesse in der gesamten Bevölkerung in den letzten vier Jahrzehnten stabil geblieben. Gleichwohl gibt es aber Gründe dafür anzunehmen, dass es in den kommenden Jahrzehnten rückläufig sein wird. Das hat allerdings nichts mit der viel diskutierten Politikverdrossenheit zu tun. Stattdessen gibt es deutliche Hinweise darauf, dass Politikinteresse auch etwas mit einer generationenspezifischen Prägung zu tun hat.

Wie bereits angesprochen, zeigt sich die junge Generation heute deutlich weniger stark an Politik interessiert als die ältere – eine relativ neue Entwicklung. Vor vier Jahrzehnten war es noch umgekehrt. Damals waren es die 60-jährigen und älteren Befragten, die das geringste Interesse an Politik zeigten. Dasselbe lässt sich übrigens auch bei der Wahlbeteiligung konstatieren: Bei der Bundestagswahl 1969 war die Wahlbeteiligung unter den 60-Jährigen und Älteren noch geringer als bei allen anderen Altersgruppen. Heute sind die Älteren die verlässlichsten Wähler (Abbildung 13).

Abbildung 13: Wahlbeteiligung nach Alter

Angaben in Prozent

Frage: „Haben Sie bei der Bundestagswahl am (...) gewählt, oder sind Sie nicht zur Wahl gegangen?“
 Antwort: „Ja, ich habe gewählt.“



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Wahlberechtigte (1957 bis 1987: Westdeutschland).

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen.

| BertelsmannStiftung

Die hinter dieser Entwicklung liegenden Strukturen lassen sich mithilfe einer sogenannten „Kohorten-Analyse“ sichtbar machen. Eine Kohorten-Analyse ist eine im Prinzip simple Auswertung, bei der man das Verhalten einer bestimmten Generation über Jahrzehnte hinweg verfolgt. Im vorliegenden Fall wurde das Wahljahr 1969 als Startpunkt verwendet, weil seitdem die Frage nach dem Politikinteresse regelmäßig und auch in den meisten Wahljahren gestellt wurde.



In den repräsentativen Bevölkerungsumfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach werden die Befragten aus pragmatischen Gründen in vier Gruppen unterteilt, von denen die unterste 14, und die beiden mittleren jeweils 15 Jahrgänge umfassen. Verfolgt man das Antwortverhalten dieser Altersgruppen in Abständen von jeweils 15 Jahren, kann man die betreffenden Generationen in ihrem Lebenslauf gleichsam begleiten: Diejenigen, die im Jahr 1969 der Gruppe der 16- bis 29-Jährigen angehörten, waren vierzehn Jahre später, im Wahljahr 1983, 30 bis 44 Jahre alt, und weitere 15 Jahre später, 1998, 45 bis 59 Jahre alt. Heute, wiederum 14 Jahre danach, gehören sie fast vollständig zur Gruppe der 60-Jährigen und Älteren. Wenn man also die Messzeitpunkte richtig setzt, kann man die Unter-30-Jährigen von einem Zeitpunkt mit den 30- bis 44-Jährigen eineinhalb Jahrzehnte später vergleichen, denn es handelt sich dabei um die gleichen Personen (wenn natürlich auch nicht um dieselben Befragten).

Tabelle 5 zeigt das Ergebnis einer solchen Kohorten-Analyse in Bezug auf die Frage nach dem Politikinteresse. Die Tabelle ist, anders als normale Prozenttabellen, diagonal zu lesen, wie die Striche im Zahlenblock andeuten. Man erkennt zunächst, dass das Interesse an Politik bei den meisten Menschen im Laufe des Lebens zunimmt. Diejenigen, die im Jahr 1969 16 bis 29 Jahre alt waren, sagten damals zu 41 Prozent, sie interessierten sich für Politik. 1983 war der Anteil auf 57 Prozent angestiegen, heute liegt er bei derselben Alterskohorte bei 64 Prozent. Das gleiche Grundmuster ist auch bei den 15 und 30 Jahre jüngeren Befragten zu beobachten.

Tabelle 5: Politikinteresse – Kohortenanalyse 1969-2013

Angaben in Prozentpunkten

Frage: „Interessieren Sie sich für Politik?“

Antwort: „Ja“

	1969	1983	1998	2013
16- bis 29-Jährige	41	47	29	35
30- bis 44-Jährige	41	57	47	48
45- bis 59-Jährige	43	58	53	56
60-Jährige und Ältere	32	53	51	64

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre (1969 und 1983: Westdeutschland).

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 2052, 4022, 6055 und 11006.

| BertelsmannStiftung

Das Interesse an Politik ist stets auch von der jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Situation zu einem bestimmten Zeitpunkt abhängig. So ist es sicherlich kein Zufall, dass 1990, also im Jahr der deutschen Einheit, der Anteil derjenigen, die sich an Politik interessiert zeigten, besonders groß war. Um den Einfluss der Generationenprägung auf das Politikinteresse zu verdeutlichen, ist es also sinnvoll, konjunkturell bedingte Schwankungen herauszurechnen. Dies kann durch eine Indizierung der Ergebnisse, wie in Tabelle 6 dargestellt, geschehen. Hier wurde für jedes Jahr der Prozentsatz derer, die sich für Politik interessierten, bei der Generation, in der dies die meisten von sich sagen, mit hundert festgelegt. Die Antworten aller anderen Altersgruppen wurden hierzu in Beziehung gesetzt.

Wenn also heute der Indexwert bei den 60-jährigen und älteren Befragten 100, bei den Unter-30-Jährigen dagegen 55 beträgt, dann bedeutet das, dass das politische Interesse bei der jungen Generation nur etwas mehr als halb so groß ist wie bei der älteren Generation – unabhängig davon, wie hoch das Gesamtniveau des politischen Interesses derzeit ist.

Tabelle 6 zeigt, dass die Kohorte derjenigen, die 1969 unter 30 Jahre alt waren, in all ihren Lebensphasen ein außerordentlich großes Interesse an Politik zeigte. Sie begann vor 44 Jahren mit einem Indexwert von 95, war also damals fast ebenso stark an Politik interessiert wie die damalige Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen, die das größte Interesse zeigte und damit den Indexwert 100 zugewiesen bekam. 14 Jahre später wies diese Alterskohorte den Wert 98 auf; 1998 und 2013 ist sie die Gruppe, die das größte politische Interesse zeigt.

Ähnliche Werte finden sich auch bei denen, die 1969 der Gruppe der 30- bis 44-Jährigen angehörten. Die etwas Jüngeren dagegen, die 1983 unter 30 Jahre alt waren, starteten ihre Entwicklung bereits von einem deutlich niedrigeren Niveau: Ihr Indexwert betrug damals 81. In den folgenden Jahrzehnten wuchs zwar das politische Interesse dieser Generation, erreichte aber nicht das Niveau derjenigen, die 15 oder 30 Jahre älter sind. Das Gleiche ist noch ausgeprägter bei denjenigen zu beobachten, die 1998 unter 30 Jahre alt waren.

**Tabelle 6: Kohortenanalyse: Indexwerte**

Angaben in Indexwerten: Ergebnis der Altersgruppe mit dem größten Politikinteresse = 100

Frage: „Interessieren Sie sich für Politik?“

Antwort: „Ja“

	1969	1983	1998	2013
16- bis 29-Jährige	95	81	55	55
30- bis 44-Jährige	95	98	89	75
45- bis 59-Jährige	100	100	100	88
60-Jährige und Ältere	74	91	96	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre (1969 und 1983: Westdeutschland).

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 2052, 4022, 6055 und 11006.

| BertelsmannStiftung

Das bedeutet, dass wir derzeit in Deutschland wahrscheinlich ein Niveau des politischen Interesses – und damit zumindest potenziell mittelbar auch der politischen Partizipation – erreicht haben, das in den kommenden Jahrzehnten kaum zu halten sein wird. Die Gegenwart und auch die vergangenen drei Jahrzehnte sind und waren von Generationen geprägt, die außerordentlich stark politisch orientiert waren. Es handelt sich um die Generation derer, die das Dritte Reich als Kinder, die Gründerjahre der Bundesrepublik als junge Leute erlebten, sowie um ihre Kinder, die als protestierende „68er-Generation“ in die Zeitgeschichte eingingen. Diese stark politisierten Generationen nähern sich ganz allmählich dem Ende ihres Lebenszyklus. Ihre Kinder und Enkel sind offensichtlich weitaus weniger stark auf politische Fragen konzentriert.

Man kann diese Entwicklung, je nach eigener politischer Prägung und eigenem Demokratieideal, begrüßen oder bedauern. Doch es ist wichtig, sie zur Kenntnis zu nehmen, denn sie bedeutet auch, dass eine sinkende Wahlbeteiligung und sinkende sonstige politische Partizipation nicht zwangsläufig etwas mit sinkender Demokratiezufriedenheit zu tun haben müssen. Zumal die Generation der heute unter 45-Jährigen ja nicht weniger zufrieden mit der Demokratie ist als die älteren Bürger. Die außerordentlich starke politische Aktivität, die sich in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahrzehnten unter anderem auch in einer im internationalen Vergleich bemerkenswert hohen Wahlbeteiligung niederschlug, ist offensichtlich zu einem erheblichen Teil das Kennzeichen einer spezifischen Generation. Das heißt auch, dass Vergleiche heutiger Wahlbeteiligungen mit denen der 1970er und 1980er Jahre in die Irre führen. Angesichts dieser Befunde

ist es nicht gewagt anzunehmen, dass in den kommenden Jahrzehnten die Wahlbeteiligung in Deutschland weiter sinken wird – ohne dass die Zufriedenheit mit dem demokratischen System in vergleichbarer Weise zurückgehen wird.

Tabelle 7: Absicht, wählen zu gehen – Altersgruppen

Angaben in Prozent der Wahlberechtigten

Frage: „Wenn Wahlen stattfinden, geben viele Leute ihre Stimme ab, andere kommen nicht dazu, ihre Stimme abzugeben, oder nehmen aus anderen Gründen nicht an der Wahl teil. Sagen Sie mir bitte, wie wahrscheinlich es ist, dass Sie am 22. September zur Bundestagswahl gehen. Werden Sie ...“

Befragte im Alter von –	16 bis 29 Jahren	30 bis 44 Jahren	45 bis 59 Jahren	60 Jahren und älter
„bestimmt zur Wahl gehen“	38	57	60	64
„wahrscheinlich zur Wahl gehen“	35	29	25	22
„vielleicht zur Wahl gehen“	19	9	10	7
„wahrscheinlich/bestimmt nicht zur Wahl gehen“	8	4	5	5
Weiß nicht, keine Angabe	x	1	x	2
	100	100	100	100
n =	231	333	412	512

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

| BertelsmannStiftung

Ein zweiter Aspekt spricht für eine weiter zurückgehende Wahlbeteiligung. Aufschlussreich ist, dass die Wahlabsicht unter den Deutschen mit Migrationshintergrund geringer ist als unter denen, die deutsche Vorfahren haben. Letztere wollen zu 58 Prozent „bestimmt“ an der Wahl teilnehmen, Erstere zu 44 Prozent (Tabelle 8). Man kann darüber spekulieren, ob sich hier in der Hauptsache eine Rolle spielt, dass der Anteil der Einwanderer und ihrer Familien an der Gesamtbevölkerung in den unteren sozialen Schichten größer ist als in den oberen, oder ob sich hier nicht ein gewisser kultureller Faktor niederschlägt.

Es erscheint durchaus möglich, dass jemand, der in einer Gesellschaft aufgewachsen ist, in der wählen gehen eine Selbstverständlichkeit für praktisch jeden Bürger war, auch für sich selbst die Beteiligung an einer Wahl als selbstverständlich ansieht, während dies vielen Menschen, die selbst bzw. deren Familien aus einem anderen Land eingewandert sind, als weniger zwingend erscheinen könnte. Würde diese Vermutung sich in ausführlicheren Untersuchungen bestätigen, so könnte man auch aus diesem Grund für die nähere Zukunft mit weiter sinkenden Wahlbeteiligungen rechnen, weil der Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung zunehmen wird.

**Tabelle 8: Zuwanderer wählen seltener**

Angaben in Prozent

Frage: „Wenn Wahlen stattfinden, geben viele Leute ihre Stimme ab, andere kommen nicht dazu, ihre Stimme abzugeben, oder nehmen aus anderen Gründen nicht an der Wahl teil. Sagen Sie mir bitte, wie wahrscheinlich es ist, dass Sie am 22. September zur Bundestagswahl gehen. Werden Sie ...“

Wahlberechtigte	mit Migrations- hintergrund	ohne Migrations- hintergrund
„bestimmt zur Wahl gehen“	44	58
„wahrscheinlich zur Wahl gehen“	37	26
„vielleicht zur Wahl gehen“	14	10
„wahrscheinlich/bestimmt nicht zur Wahl gehen“	5	5
Weiß nicht, keine Angabe	x	1
	100	100
n =	104	1.384

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

| BertelsmannStiftung

Während sich wie dargestellt (Bezug auf Abbildung 12) das Interesse der Bevölkerung an Politik bisher nicht verringert hat, zeigen die Antworten auf eine Frage, bei der ausdrücklich nach dem Interesse an Bundestagswahlen gefragt wird, ein ganz anderes Bild: 1983 sagten noch 49 Prozent der Deutschen, dass sie sich für die damals anstehende Bundestagswahl interessierten, heute geben noch etwas mehr als die Hälfte, 26 Prozent, diese Antwort (Abbildung 14).

Es ist offensichtlich, dass sich das Interesse an Politik allgemein und das spezifische Interesse an Bundestagswahlen auseinanderbewegen. Damit ist auch klar, dass die eben beschriebenen generationsspezifischen Verhaltensmuster bei weitem nicht ausreichen, um die zurückgehende Wahlbeteiligung zu erklären, zumal die Folgen der unterschiedlichen politischen Prägung der Generationen vermutlich erst in den kommenden Jahrzehnten deutlich sichtbar werden.

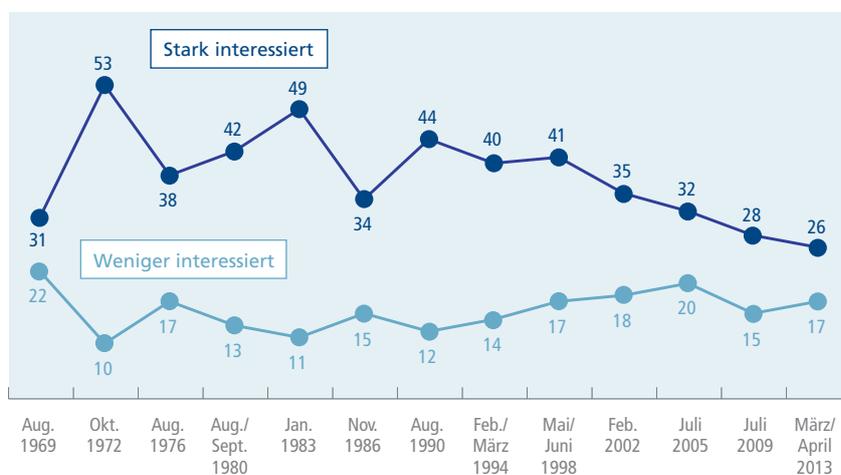
Anscheinend werden bei den Fragen nach dem politischen Interesse allgemein und dem Interesse an den Bundestagswahlen zwei verschiedene Arten des Interesses sichtbar. Auf den ersten Blick könnte man meinen, dass beides eng miteinander zusammenhängt. Tatsächlich ergeben sich in der Detailanalyse der Frage nach dem Interesse an Bundestagswahlen ähnliche Strukturen wie bei der Frage nach dem allgemeinen Politikinteresse. So zeigen sich auch hier die Jungen deutlich weniger stark interessiert als die Älteren (Tabelle 9) und die unterste soziale Schicht ist deutlich weniger stark interessiert als die oberen Schichten, wenn der Unterschied auch etwas weniger stark ist wie bei vielen anderen Fragen zur politischen Partizipation (Tabelle 10). Dennoch zeigen

die unterschiedlichen Trendverläufe, dass eine weitere Variable im Spiel sein muss. Interessant ist dabei insbesondere die Frage, inwieweit sich in den letzten Jahrzehnten gesellschaftliche Werte und Normen in einer Art und Weise verändert haben, die das Wahlverhalten beeinflussen könnten.

Abbildung 14: Interesse an der Bundestagswahl

Angaben in Prozent / an 100 fehlende Prozent: „Normal interessiert“ oder keine Angabe

Frage: „Würden Sie sagen, dass Sie an der kommenden Bundestagswahl stark interessiert sind, normal oder weniger?“



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre (1969 bis 1990: Westdeutschland).

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11006.

BertelsmannStiftung

Tabelle 9: Interesse an der Bundestagswahl – Altersgruppen

Angaben in Prozent

Frage: „Würden Sie sagen, dass Sie an der kommenden Bundestagswahl stark interessiert sind, normal oder weniger interessiert?“

Befragte im Alter von –	16 bis 29 Jahren	30 bis 44 Jahren	45 bis 59 Jahren	60 Jahren und älter
Stark interessiert	15	24	26	34
Normal	53	60	61	55
Weniger interessiert	32	16	13	11
	100	100	100	100
n =	279	339	414	516

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

BertelsmannStiftung

**Tabelle 10: Interesse an der Bundestagswahl nach sozialer Schicht**

Angaben in Prozent

Frage: „Würden Sie sagen, dass Sie an der kommenden Bundestagswahl stark interessiert sind, normal oder weniger interessiert?“

Soziale Schicht	untere Schicht	untere Mittelschicht	obere Mittelschicht/ Oberschicht
Stark interessiert	10	24	34
Normal	55	60	55
Weniger interessiert	35	17	11
	100	100	100
n =	106	800	557

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

| BertelsmannStiftung

Die gegenwärtig sinkende Wahlbeteiligung lässt sich jedenfalls mit einer generell wachsenden Unlust der Bevölkerung, sich mit Politik zu befassen, nicht erklären.

Fragt man diejenigen, die angeben, sich „nicht besonders“ oder „gar nicht“ für Politik zu interessieren, warum sie dieses Thema nicht so sehr beschäftigt, erhält man sehr aufschlussreiche Antworten. Generell ist zu solchen Warum-Fragen zu sagen, dass sie erfahrungsgemäß keine verlässlichen Informationen über die tatsächlichen Handlungsmotive der Bevölkerung erbringen. Man erhält eher Aufschluss über die verbreitetsten Rechtfertigungs- und Selbstrechtfertigungsmuster, denn in vielen Fällen sind die tatsächlichen Motivationsstrukturen den Befragten selbst nicht oder nur teilweise bewusst. Hinzu kommt das Bestreben, Dritten, und damit auch den Interviewern gegenüber, eine möglichst gute Figur zu machen.¹³

Zwar sind – zum Glück für die Umfrageforschung – Fälle, in denen die Befragten bewusst die Unwahrheit sagen, sehr selten.¹⁴ Doch gerade bei Themen, bei denen sich die Befragten unter Druck fühlen könnten, weil sie mit ihrem Verhalten oder ihren Einstellungen gegen allgemein akzeptierte soziale Normen verstoßen, kann die direkte Warum-Frage zu erheblich verzerrten Antworten führen. Doch diese Problematik spielt hier eine untergeordnete Rolle. Da es sich bei der oft angenommenen Abwendung der Bürger von der Politik infolge sozialer Frustration um einen demonstrativen Akt handelt, mit dem der Bürger seinem Ärger öffentlich Ausdruck geben will, müssten Verweise auf den Verdruss über das politische oder soziale System des Landes auch bei den Rechtfertigungen der politisch Desinteressierten eine zentrale Rolle einnehmen, wenn diese These zutreffen soll.

¹³ Vgl. hierzu Elisabeth Noelle-Neumann, Thomas Petersen: Alle, nicht jeder. Einführung in die Methoden der Demoskopie. Berlin: Springer 2005: S. 492–494.

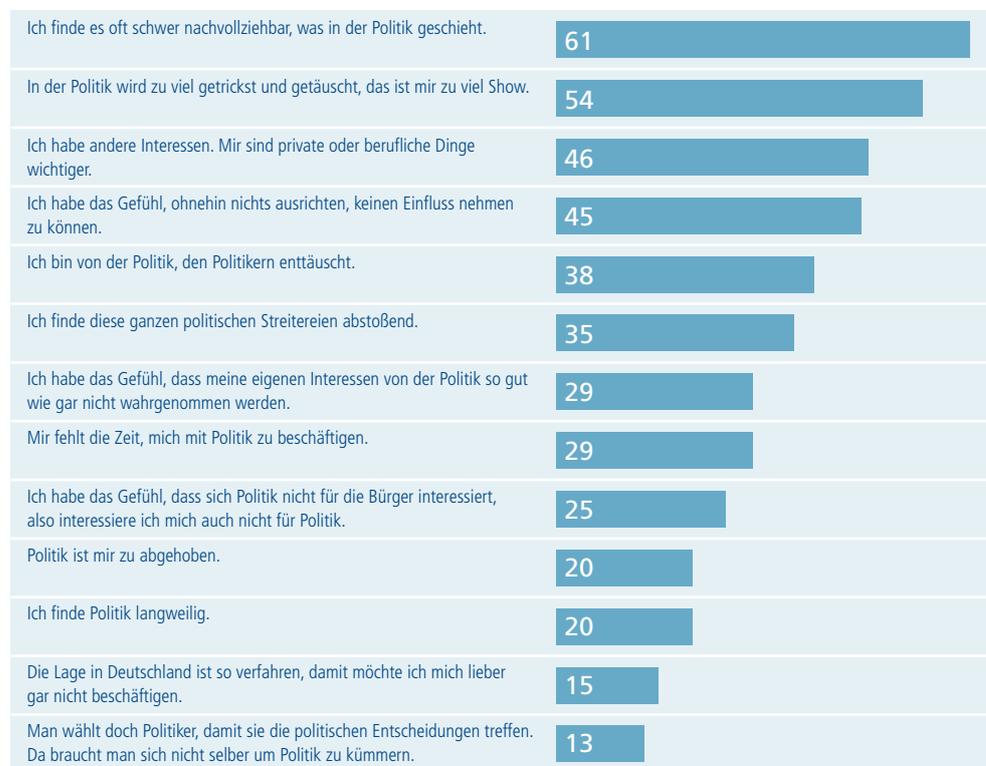
¹⁴ Ebenda: S. 86–89.

Tatsächlich spielen die Begründungen, die auf Verärgerung über die politische Praxis hinweisen, bei den Antworten derjenigen, die sagen, dass sie sich weniger oder gar nicht für Politik interessieren, eine nicht geringe, wenn auch keine dominierende Rolle. An erster Stelle der am häufigsten genannten Gründe für das Desinteresse an Politik steht, genannt von 61 Prozent der Befragten, die Aussage „ich finde es oft schwer nachvollziehbar, was in der Politik geschieht“. An zweiter Stelle folgt dann, genannt von 54 Prozent, mit „in der Politik wird zu viel getrickst und getäuscht, das ist mir zu viel Show“ ein Punkt, den man als Zeichen der Unzufriedenheit mit dem politischen Betrieb deuten kann. Die klassischen Argumentationsmuster, die man in den Diskussionen um Politikverdrossenheit findet, „ich habe das Gefühl, ohnehin nichts ausrichten, keinen Einfluss nehmen zu können“ und „ich bin von der Politik, den Politikern enttäuscht“, finden sich, genannt von 45 bzw. 38 Prozent der an Politik wenig oder gar nicht Interessierten, auf den Positionen 4 und 5 der Rangliste (Abbildung 15).

Abbildung 15: Begründungen für geringes Politikinteresse

Angaben in Prozent

Frage an alle, die sich nicht besonders oder gar nicht für Politik interessieren: „Warum interessieren Sie sich nicht oder nicht so sehr für Politik? Was von der Liste würden Sie nennen?“ (Listenvorlage)



Basis: Bundesrepublik Deutschland; Personen ab 16 Jahre, die sich nicht besonders oder gar nicht für Politik interessieren.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

| BertelsmannStiftung



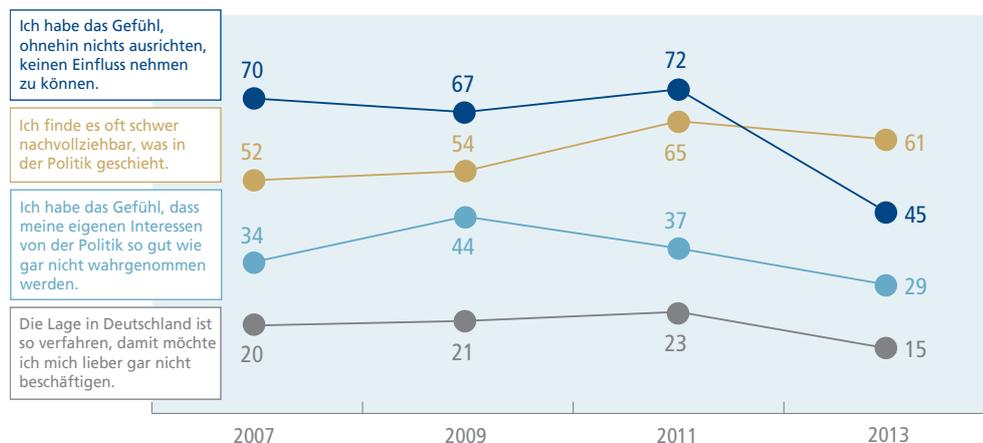
Besonders interessant an den Antworten auf diese Frage ist aber weniger die Rangliste der am häufigsten genannten Begründungen als die Entwicklung im Zeitverlauf. Die Frage nach dem Grund dafür, dass man sich nicht für Politik interessiert, ist zum ersten Mal im Jahr 2007 gestellt worden, so dass zwar keine sehr lange, aber immerhin eine mehrjährige Trendreihe vorliegt, die zumindest vorsichtige Schlüsse über die Entwicklungen in jüngster Zeit zulässt. Abbildung 16 zeigt die Trendentwicklung bei vier wichtigen Argumenten, von denen drei als Indikator für Politikverdrossenheit gedeutet werden können, nämlich „ich habe das Gefühl, ohnehin nichts ausrichten, keinen Einfluss nehmen zu können“, „ich habe das Gefühl, dass meine eigenen Interessen von der Politik so gut wie gar nicht wahrgenommen werden“ und „die Lage in Deutschland ist so verfahren, damit möchte ich mich lieber gar nicht beschäftigen“.

Abbildung 16: Ausgewählte Begründungen für geringes Interesse an Politik im Trend

Angaben in Prozent

Frage an alle, die sich **nicht besonders** oder **gar nicht** für Politik interessieren:

„Warum interessieren Sie sich nicht oder nicht so sehr für Politik? Was von der Liste würden Sie nennen?“
(Listenvorlage) – Auszug aus den Angaben –



Basis: Bundesrepublik Deutschland; Personen ab 16 Jahre, die sich nicht besonders oder gar nicht für Politik interessieren.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10002, 10042, 10077 und 11006.

BertelsmannStiftung

Alle diese Argumente werden heute von deutlich geringeren Anteilen der politisch weniger oder gar nicht Interessierten als Grund für ihr mangelndes Interesse genannt als vor sechs Jahren. Besonders stark ist dabei der Rückgang bei der Aussage „ich habe das Gefühl, ohnehin nichts ausrichten, keinen Einfluss nehmen zu können“. Sie wurde im Jahr 2007 noch von 70 Prozent der an Politik wenig oder gar nicht interessierten Befragten genannt, heute sind es noch 45 Prozent. Gestiegen ist dagegen die Zahl derjenigen, die finden, es sei oft schwer nachvollziehbar, was in der Politik geschieht. Man erkennt, dass die Politik für die Bürger in den letzten Jahren schwerer durchschaubar geworden ist. Doch das Gefühl, vom politischen Betrieb ausgegrenzt zu werden, das ja als Grund für die zunehmende Wahlenthaltung angenommen wird, hat eher abgenommen.

3. Wählen ist nicht mehr Bürgerpflicht

Für die jüngere Generation ist der Gang zur Wahlurne nicht mehr zwingend. Sie findet dafür viel Verständnis im persönlichen Umfeld. Die Zeiten, in denen Wählen als Bürgerpflicht erscheint, sind jedenfalls vorbei.

Die Teilnahme an der Wahl wird in der öffentlichen Diskussion oft als besonders wichtige Aufgabe der Bürger in einer Demokratie angesehen. Zwar herrscht in Deutschland keine gesetzliche Wahlpflicht, dennoch wird die Beteiligung an der Wahl offenbar als Verpflichtung für die Bürger eingestuft, als eine Art ungeschriebenes Gesetz. Denn wann immer die Beteiligung an einer Wahl niedrig ist, wird dies als bedenklich, als eine potenzielle Gefährdung der Demokratie gewertet.

Der Gedanke, dass es auch das gute Recht eines Bürgers sein kann, sich der Stimme zu enthalten, findet in öffentlichen Auseinandersetzungen zu diesem Thema wenig Resonanz. So kann man durchaus annehmen, dass ein gewisser Druck der öffentlichen Meinung auf den Bürgern lastet, ihr Wahlrecht auch zu nutzen.

Dass die Beteiligung an der Wahl von weiten Teilen der Bevölkerung tatsächlich als Bürgerpflicht angesehen wird, zeigt sich an den Antworten auf eine Frage, bei der eine Liste mit verschiedenen Verhaltensweisen vorgelegt wurde, die man als typische Verhaltensweisen verantwortungsbewusster Bürger ansehen kann: „Man kann ja unterschiedlicher Meinung darüber sein, was zu den Pflichten eines guten Bürgers gehört. Wie sehen Sie das: Was gehört Ihrer Meinung nach zu den Pflichten eines guten Bürgers, was sollte ein guter Bürger tun?“ 80 Prozent der Befragten antworteten daraufhin, ein guter Bürger sollte anderen Menschen helfen, wenn sie bedroht oder belästigt werden. Dann, bereits an zweiter Stelle der am häufigsten ausgewählten Punkte, folgt „wählen gehen“, noch vor der Aussage „sich immer an das Gesetz halten“ (Abbildung 17).



Abbildung 17: Bürgerpflichten

Angaben in Prozent

Frage: „Man kann ja ganz unterschiedlicher Meinung darüber sein, was zu den Pflichten eines guten Bürgers gehört. Wie sehen Sie das: Was gehört Ihrer Meinung nach zu den Pflichten eines guten Bürgers, was sollte ein guter Bürger tun?“ (Listenvorlage)

Anderen helfen, wenn sie bedroht oder belästigt werden	80
Wählen gehen	73
Seinen Nachbarn helfen	70
Sich immer an das Gesetz halten	69
Auf den Umweltschutz achten	67
Sich regelmäßig über das politische Geschehen informieren	50
Sich für Entwicklungen in der Gemeinde interessieren	46
Den Schnee vom Gehweg räumen	41
Sich ehrenamtlich engagieren, z.B. bei einer sozialen Organisation	29
Sich an Demonstrationen beteiligen, wenn er von einer Sache überzeugt ist	26
Regelmäßig das Treppenhaus fegen	18
Sich an der Gemeindepolitik beteiligen, z.B. an Bürgergesprächen	18
Mitglied in einer Kirche sein	12

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

BertelsmannStiftung

Schaut man sich genauer an, welche gesellschaftlichen Gruppen das Wählen besonders häufig als Bürgerpflicht ansehen und welche nicht ganz so sehr, erkennt man die aus mehreren anderen Fragen zum Wahlverhalten bekannten Muster: Unter-30-Jährige empfinden die Wahlbeteiligung etwas weniger als Verpflichtung als Ältere, was gleichermaßen auch für die Beteiligung an der Gemeindepolitik und ehrenamtliches Engagement gilt. Nur Demonstrationen halten die Jüngeren etwas mehr für eine Bürgerpflicht als die Angehörigen der älteren Generationen (Tabelle 11).

Auch bei den sozialen Schichten zeigt sich die gewohnte Struktur: Die Angehörigen der untersten Schicht sagen weniger als die Angehörigen der oberen und mittleren Schichten, Wählen sei eine Bürgerpflicht (Tabelle 12). Im Prinzip das gleiche Ergebnis erhält man, wenn man statt der sozialen Schicht das Haushaltseinkommen als Indikator für materiellen Wohlstand betrachtet.

Tabelle 11: Bürgerpflichten – Altersgruppen

Angaben in Prozent

Frage: „Man kann ja ganz unterschiedlicher Meinung darüber sein, was zu den Pflichten eines guten Bürgers gehört. Wie sehen Sie das: Was gehört Ihrer Meinung nach zu den Pflichten eines guten Bürgers, was sollte ein guter Bürger tun?“ (Listenvorlage) – Auszug aus den Angaben –

Befragte im Alter von –	16 bis 29 Jahren	30 bis 44 Jahren	45 bis 59 Jahren	60 Jahren und älter
Wählen gehen	67	71	76	74
Sich ehrenamtlich engagieren	22	27	29	34
Sich an Demonstrationen beteiligen	33	26	28	21
Sich an der Gemeindepolitik beteiligen	10	15	20	22
n =	279	339	414	516

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

| BertelsmannStiftung

Tabelle 12: Bürgerpflichten nach sozialer Schicht

Angaben in Prozent

Frage: „Man kann ja ganz unterschiedlicher Meinung darüber sein, was zu den Pflichten eines guten Bürgers gehört. Wie sehen Sie das: Was gehört Ihrer Meinung nach zu den Pflichten eines guten Bürgers, was sollte ein guter Bürger tun?“ (Listenvorlage) – Auszug aus den Angaben –

Soziale Schicht	untere Schicht	untere Mittelschicht	obere Mittelschicht/ Oberschicht
Wählen gehen	55	70	82
Sich ehrenamtlich engagieren	25	24	36
Sich an Demonstrationen beteiligen	36	26	25
Sich an der Gemeindepolitik beteiligen	20	16	20
n =	106	800	557

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

| BertelsmannStiftung



Ganz besonders deutlich sind die Unterschiede bei der gefühlten Wahlpflicht, wenn man die Befragten nach ihrem persönlichen Umfeld in verschiedene Gruppen einteilt: Personen, die sagen, dass die meisten ihrer Freunde und Bekannten wählen gehen, sind zu 84 Prozent der Ansicht, Wählen sei eine Bürgerpflicht. Wer dagegen im persönlichen Bekanntenkreis vorwiegend von Menschen umgeben ist, die nicht wählen, neigt auch selbst deutlich weniger dazu, Wählen als eine selbstverständliche Pflicht anzusehen (Tabelle 13).

Dieser Befund ist weniger banal, als er auf den ersten Blick scheinen mag. Die Feststellung, dass jemand, der in einer Umgebung lebt, in der allgemein nicht gewählt wird, auch selbst das Wählen als nicht so besonders wichtig ansieht, ist so plausibel, dass man meinen könnte, sie sei eine Selbstverständlichkeit. Doch das private Umfeld wird bei den Versuchen, die sinkende Wahlbeteiligung zu erklären, bisher selten als eine mögliche Erklärung in Betracht gezogen.

Tabelle 13: Wählen als Bürgerpflicht – eine Frage des Umfeldes

Angaben in Prozent

Frage: „Man kann ja ganz unterschiedlicher Meinung darüber sein, was zu den Pflichten eines guten Bürgers gehört. Wie sehen Sie das: Was gehört Ihrer Meinung nach zu den Pflichten eines guten Bürgers, was sollte ein guter Bürger tun?“ (Listenvorlage) – Auszug aus den Angaben –

Wahlverhalten der Freunde und Bekannten	Die meisten gehen zur Wahl	Etwa die Hälfte geht wählen	Nur eine Minderheit wählt
Wählen gehen	84	62	44
Sich ehrenamtlich engagieren	32	28	23
Sich an Demonstrationen beteiligen	25	28	23
Sich an der Gemeindepolitik beteiligen	21	15	8
n =	921	338	175

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

BertelsmannStiftung

Die Ergebnisse zur Frage, ob Wählen Bürgerpflicht sei, zeigen damit auch, dass man bei der Einstellung der Bevölkerung gegenüber Wahlen zwischen öffentlicher und privater Sphäre unterscheiden muss. In der breiten Öffentlichkeit werden Wahlen als außerordentlich wichtig wahrgenommen, doch im Alltag rückt der Wahlgang dann anscheinend in vielen Fällen doch etwas mehr als früher in den Hintergrund. Dieser Befund korrespondiert gut mit dem oben beschriebenen Ergebnis, dass zwar nicht das Interesse an Politik, wohl aber das Interesse an Bundestagswahlen zurückgegangen ist.

Der Gang zur Wahl, so wichtig er im abstrakten Prinzip meist genommen wird, hat im konkreten Alltag bei immer mehr Bürgern nicht mehr den Vorrang und die Selbstverständlichkeit wie noch vor einigen Jahrzehnten. Darauf deuten die Antworten auf eine Frage hin, die den Befragten eine konkrete Situation vor Augen führte: Sie wurden vor die Entscheidung gestellt, sich für die Beteiligung an einer Wahl oder die Fortsetzung einer angenehmen Freizeitbeschäftigung zu entscheiden. Die Frage lautete: „Einmal angenommen, Sie machen an einem Sonntag einen Ausflug. Sie haben Spaß, das Wetter ist traumhaft schön, aber die Wahllokale schließen um 18 Uhr. Was machen Sie: Beenden Sie den Ausflug, um noch rechtzeitig wählen zu gehen, oder ist Ihnen das nicht so wichtig?“

Der Vorzug dieser Frage besteht in ihrer Alltagsnähe. Niemand wird gedrängt, abstrakte Überlegungen anzustellen oder weltanschauliche Grundsatzbekenntnisse für oder gegen Wahlen abzugeben, sondern die Befragten werden vor eine Entscheidungssituation gestellt, in die jeder kommen und in die sich jeder gut hineinversetzen kann. In einer solchen Situation zeigen sich die tatsächlichen Prioritäten. Wer sich für die Fortsetzung des Ausflugs entscheidet, gibt damit kein politisches Glaubensbekenntnis ab. Er muss weder politikverdrossen noch an Politik desinteressiert sein. Er dokumentiert mit seiner Entscheidung nur, dass ihm die Wahlen nicht so wichtig sind, ihretwegen lässt er sich einen schönen Nachmittag nicht verderben.

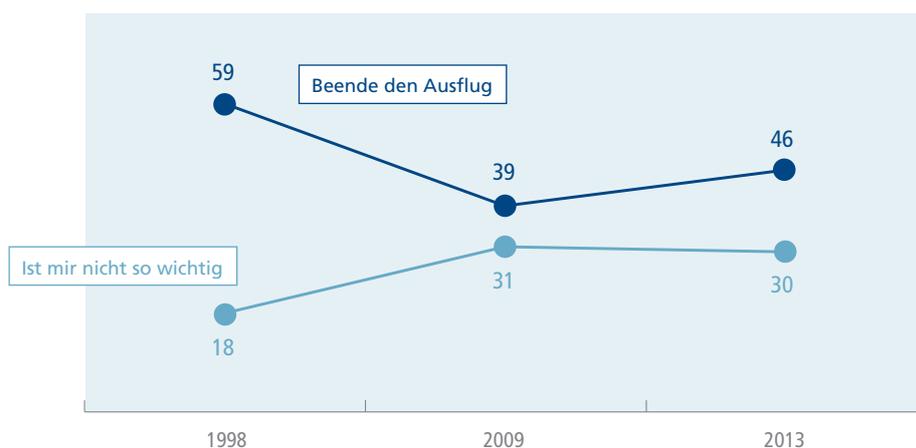
Im Jahr 1998, als diese Frage zum ersten Mal gestellt wurde, sagten 59 Prozent der Befragten, sie würden den Ausflug abbrechen, um noch an der Wahl teilnehmen zu können. 18 Prozent meinten, dafür sei ihnen die Wahl nicht wichtig genug, die verbleibenden 23 Prozent waren unentschieden oder machten keine Angabe. Heute ist der Anteil derjenigen, die sich für den Abbruch des Ausflugs entscheiden würden, auf 46 Prozent gesunken. Die Zahl derer, die ausdrücklich sagen, sie würden wegen der Wahl den Ausflug nicht unterbrechen, liegt bei 30 Prozent (Abbildung 18). Das bedeutet, dass heute nur noch eine Minderheit eindeutig die Wahlbeteiligung dem privaten Vergnügen vorzieht. Da es aber immerhin 73 Prozent der Deutschen als Bürgerpflicht ansehen, wählen zu gehen heißt das auch: Es gibt einen nicht unerheblichen Teil von Personen, die sich zwar grundsätzlich zu dieser Pflicht bekennen, sie aber nicht als so zwingend ansehen, dass man ihr unter allen Umständen nachkommen müsste. Hier wird eine sich öffnende Schere zwischen der öffentlichen und der privaten Moral sichtbar.



Abbildung 18: Der Ausflug am Wahntag

Angaben in Prozent / an 100 fehlende Prozent: Unentschieden, keine Angabe

Frage: „Einmal angenommen, Sie machen an einem Sonntag, an dem Wahl ist, einen Ausflug. Sie haben viel Spaß, das Wetter ist traumhaft schön, aber die Wahllokale schließen um 18 Uhr. Was machen Sie? Beenden Sie den Ausflug, um noch rechtzeitig wählen zu gehen, oder ist Ihnen das nicht so wichtig?“



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 6064, 10040 und 11006.

BertelsmannStiftung

Bemerkenswert ist, dass die Veränderung des Antwortverhaltens bei dieser Frage in allen Generationen gleichermaßen zu beobachten ist. Zwar sagen Befragte im Alter von unter 30 Jahren deutlich seltener als ältere Personen, dass sie bereit wären, den Ausflug für die Wahl abubrechen, doch dieser Unterschied bestand – in gleichem Ausmaß – bereits vor 15 Jahren (Abbildung 19). Hier hat man es also, anders als bei der Frage nach dem politischen Interesse, nicht in erster Linie mit einem Kohorteneffekt, sondern vor allem mit einem veränderten Zeitklima zu tun.

Festzuhalten ist auch ein deutlicher statistischer Zusammenhang zwischen der sozialen Schicht und der Entscheidung, den Ausflug abubrechen: Angehörige der oberen Schichten entscheiden sich mehrheitlich dafür, Angehörige der untersten Schicht dagegen (Tabelle 14).

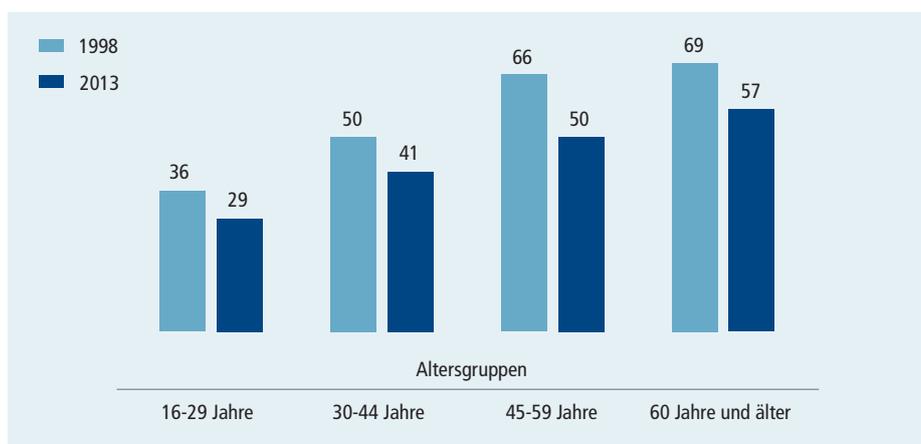
Der Freundes- und Bekanntenkreis (das persönliche Umfeld) hat einen erheblichen Einfluss auf die eigene Einstellung zu Wahlen. Es lohnt sich daher, diesem Aspekt noch etwas mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Abbildung 19: Das Gefühl, man müsse wählen gehen, hat in allen Generationen abgenommen

Angaben in Prozent

Frage: „Einmal angenommen, Sie machen an einem Sonntag, an dem Wahl ist, einen Ausflug. Sie haben viel Spaß, das Wetter ist traumhaft schön, aber die Wahllokale schließen um 18 Uhr. Was machen Sie? Beenden Sie den Ausflug, um noch rechtzeitig wählen zu gehen, oder ist Ihnen das nicht so wichtig?“

Antwort: „Ich beende den Ausflug“



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 6064 und 11006

BertelsmannStiftung

Tabelle 14: Der Ausflug – soziale Schicht

Angaben in Prozent

Frage: „Einmal angenommen, Sie machen an einem Sonntag, an dem Wahl ist, einen Ausflug. Sie haben viel Spaß, das Wetter ist traumhaft schön, aber die Wahllokale schließen um 18 Uhr. Was machen Sie? Beenden Sie den Ausflug, um noch rechtzeitig wählen zu gehen, oder ist Ihnen das nicht so wichtig?“

Soziale Schicht	untere Schicht	untere Mittelschicht	obere Mittelschicht/ Oberschicht
Beende den Ausflug	26	41	58
Ist mir nicht so wichtig	49	33	21
Unentschieden, keine Angabe	25	26	21
	100	100	100
n =	106	800	557

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

BertelsmannStiftung



4. Die Bedeutung des persönlichen Lebensumfeldes

Ob jemand wählen geht oder nicht, hängt erheblich davon ob, wo man wohnt, welche Freunde man hat und ob in der Familie über Politik gesprochen wird. Im privaten Umfeld treffen Nichtwähler auf viel Verständnis.

Man könnte meinen, dass die Frage, ob man sich an der Wahl beteiligt oder nicht, zu den persönlichen Entscheidungen gehört, über die viele Menschen nicht sprechen. Doch wie so oft, wenn die Bevölkerung gebeten wird, ihre Einschätzung über Verhaltensweisen und Meinungen in ihrem Umfeld oder über das Verhalten von Menschen in hypothetischen Situationen abzugeben, verzichten auffallend viele Befragte darauf, die wahrscheinlich korrekte Antwort „weiß nicht“ zu geben.

Viele Menschen haben eine erstaunlich klare Vorstellung von den Einstellungen anderer, obwohl sie diese gar nicht kennen können. Und so sind die Antworten auf die Frage „Wenn Sie an Ihren Freundes- und Bekanntenkreis denken: Wie ist es da? Gehen die meisten Ihrer Freunde und Bekannten wählen, oder in etwa die Hälfte, oder ist es nur eine Minderheit, die wählen geht?“ recht eindeutig: 58 Prozent der Deutschen insgesamt, 59 Prozent im Westen, 55 Prozent im Osten, meinen, die meisten ihrer Freunde und Bekannten gingen zur Wahl, ein knappes Viertel glaubt, dass nur die Hälfte ihrer Bekannten wählen geht, dass dies nur sehr wenige tun, meinen immerhin noch 9 Prozent (Tabelle 15).

Tabelle 15: Gehen die Freunde wählen?

Angaben in Prozent

Frage: „Wenn Sie an Ihren Freundes- und Bekanntenkreis denken: Wie ist es da? Gehen die meisten Ihrer Freunde und Bekannten wählen, oder in etwa die Hälfte, oder ist es nur eine Minderheit, die wählen geht?“

	Bevölkerung insgesamt	West- deutschland	Ost- deutschland
Die meisten	58	59	55
Etwa die Hälfte	23	22	24
Nur eine Minderheit	9	9	10
Weiß nicht, keine Angabe	10	10	11
	100	100	100
n =	1.548	1.122	426

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

| BertelsmannStiftung

Betrachtet man etwas genauer, welche Menschen es sind, die glauben, dass die meisten ihrer Freunde und Bekannten wählen gehen, so erkennt man zunächst die Strukturen, die man erwarten muss, wenn man annimmt, dass das Verhalten des persönlichen Umfeldes mit dem eigenen Wahlverhalten verknüpft ist. So sagen nur 34 Prozent der Unter-30-Jährigen, also der Generation, die sich am wenigsten an Wahlen beteiligt, die meisten ihrer Freunde gingen zur Wahl, während es in den darüber liegenden Altersgruppen jeweils mehr als 60 Prozent sind (Tabelle 16). Auch die Differenzierung nach sozialer Schicht führt zu dem zu erwartenden Ergebnis, dass die Angehörigen der untersten Schicht mit 37 Prozent deutlich seltener als die wohlhabenderen Befragten glauben, ihre Freunde und Bekannten beteiligten sich an Wahlen (Tabelle 17). Ein möglicher Einfluss des persönlichen Lebensumfeldes und die soziale Differenzierung bei der Wahlbeteiligung könnten miteinander verknüpft sein. Darauf weist das Ergebnis einer ähnlich formulierten Frage hin: „Wenn Sie einmal an Ihre Nachbarn denken: Würden Sie vermuten, die meisten Menschen, die hier leben, gehen bei der Bundestagswahl wählen, oder in etwa die Hälfte, oder ist es nur eine Minderheit, die wählen geht?“

Tabelle 16: Wählen im Bekanntenkreis – Altersgruppen

Angaben in Prozent

Frage: „Wenn Sie an Ihren Freundes- und Bekanntenkreis denken: Wie ist es da? Gehen die meisten Ihrer Freunde und Bekannten wählen, oder in etwa die Hälfte, oder ist es nur eine Minderheit, die wählen geht?“

Befragte im Alter von –	16 bis 29 Jahren	30 bis 44 Jahren	45 bis 59 Jahren	60 Jahren und älter
Die meisten	34	61	61	68
Etwa die Hälfte	32	23	22	17
Nur eine Minderheit	20	6	8	6
Weiß nicht, keine Angabe	14	10	9	9
	100	100	100	100
n =	279	339	414	516

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

| BertelsmannStiftung


Tabelle 17: Wählen im Bekanntenkreis – soziale Schicht

Angaben in Prozent

Frage: „Wenn Sie an Ihren Freundes- und Bekanntenkreis denken: Wie ist es da? Gehen die meisten Ihrer Freunde und Bekannten wählen, oder in etwa die Hälfte, oder ist es nur eine Minderheit, die wählen geht?“

Soziale Schicht	untere Schicht	untere Mittelschicht	obere Mittelschicht/ Oberschicht
Die meisten	37	55	68
Etwa die Hälfte	19	25	20
Nur eine Minderheit	22	9	6
Weiß nicht, keine Angabe	22	10	6
	100	100	100
n =	106	800	557

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

Bertelsmann Stiftung

Die Antworten der Befragten auf diese Frage fallen deutlich unterschiedlich aus, je nachdem, wo sie leben. Diejenigen, die nach Einschätzung der Interviewer in einer „guten“ oder „sehr guten“ Wohngegend leben, nehmen deutlich häufiger an, dass die meisten ihrer Nachbarn wählen gehen, als diejenigen, die in einer Umgebung leben, die von den Interviewern als eher „durchschnittliche“ oder gar „schlechte“ Wohngegend angesehen wird (Tabelle 18). Das darf natürlich nicht dahingehend interpretiert werden, dass die Wohngegend das Wahlverhalten bestimmt. Es zeigt aber, dass Menschen, die in weniger attraktiven Wohngegenden leben und damit in aller Regel zu den materiell eher Benachteiligten gehören, überdurchschnittlich häufig den Eindruck haben, sie seien von Menschen umgeben, die sich nicht an der Wahl beteiligen, und zwar sowohl im persönlichen Freundeskreis als auch in der Nachbarschaft.

Tabelle 18: Wählen in der Nachbarschaft

Angaben in Prozent

Frage: „Wenn Sie einmal an Ihre Nachbarschaft denken: Würden Sie vermuten, die meisten Menschen, die hier leben, gehen bei der Bundestagswahl wählen, oder in etwa die Hälfte, oder ist es nur eine Minderheit, die wählen geht?“

	Bevölkerung insgesamt	(Sehr) gute Wohngegend	Durchschnittliche bis sehr schlechte Wohngegend
Die meisten	45	50	31
Etwa die Hälfte	32	30	37
Nur eine Minderheit	6	5	10
Weiß nicht, keine Angabe	17	15	22
	100	100	100
n =	1.548	1.140	394

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

| BertelsmannStiftung

Ob diese Menschen sich nicht an der Wahl beteiligen, weil sie sozial benachteiligt sind, oder eher, weil sie von einem Milieu umgeben sind, in dem es weniger als anderswo üblich ist, zu wählen, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Deutlich wird jedoch, dass diese Faktoren offensichtlich eng miteinander verknüpft sind. Ob man viel verdient oder wenig, hat meist ganz direkt etwas damit zu tun, in welchem Stadtteil man wohnt. Auch beeinflussen Schulwahl und Schulabschluss die Wahl des Freundeskreises. Nur wenige Menschen brechen aus diesen sozialen Zusammenhängen aus.

Schaut man jedoch mit statistischen Mitteln darauf, welche wichtigen Variablen für den Gang zur Wahl sprechen, so tritt neben die Bildung und die Zugehörigkeit zur sozialen Schicht insbesondere auch das persönliche Umfeld. Es gibt einen starken Zusammenhang von politischem Engagement und der eigenen politischen Sozialisation.

56 Prozent der Befragten sind politisch aktiv, wenn zu Hause über Politik gesprochen wurde, nur 15 Prozent sind es dagegen, wenn Politik kein Thema am Küchentisch war. Zum anderen sagen 76 Prozent derer, die glauben, die meisten ihrer Freunde und Bekannten gingen zur Wahl, von sich selbst, dass sie „bestimmt“ an der Bundestagswahl im Herbst teilnehmen wollen. Von denen, die annehmen, nur eine Minderheit ihrer Bekannten ginge zur Wahl, haben nur zehn Prozent die feste Absicht, sich an der kommenden Bundestagswahl zu beteiligen (Tabelle 19).



Tabelle 19: Wahlbeteiligung und das Verhalten der Bezugsgruppen

Angaben in Prozent / x = weniger als 0,5 Prozent

Frage: „Wenn Wahlen stattfinden, geben viele Leute ihre Stimme ab, andere kommen nicht dazu, ihre Stimme abzugeben, oder nehmen aus anderen Gründen nicht an der Wahl teil. Sagen Sie mir bitte, wie wahrscheinlich es ist, dass Sie am 22. September zur Bundestagswahl gehen. Werden Sie ...“

Wahlberechtigte, die sagen, ...	die meisten ihrer Freunde gingen zur Wahl	etwa die Hälfte ihrer Freunde gingen zur Wahl	nur eine Minderheit ihrer Freunde gingen zur Wahl
„bestimmt zur Wahl gehen“	76	37	10
„wahrscheinlich zur Wahl gehen“	22	39	18
„vielleicht zur Wahl gehen“	2	18	37
„wahrscheinlich/bestimmt nicht zur Wahl gehen“	x	6	29
Weiß nicht, keine Angabe	x	x	6
	100	100	100
n =	819	669	669

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

| BertelsmannStiftung

Obwohl in der Öffentlichkeit ein Meinungsklima des „Wählen-gehen-müssens“ herrscht und damit ein potenzieller Rechtfertigungsdruck auf Bürgern lastet, die sich nicht an Wahlen beteiligen möchten, gibt es im privaten Umfeld der Menschen eine gegenläufige Entwicklung. Die Toleranz gegenüber der Wahlenthaltung im privaten Umfeld zumindest einiger Bevölkerungsgruppen scheint eher zuzunehmen.

Eine in der vorliegenden Untersuchung gestellte Frage lautete: „Einmal angenommen, Sie würden Ihren Freunden und Bekannten erzählen, dass Sie bei der Bundestagswahl im Herbst nicht wählen wollen. Hätten die meisten Ihrer Freunde und Bekannten wohl Verständnis dafür, oder hätten die meisten dafür eher kein Verständnis, oder wäre es Ihren Freunden und Bekannten egal, ob Sie wählen gehen oder nicht?“ Jeder fünfte Befragte antwortete darauf, seine Freunde hätten wohl Verständnis für seine Entscheidung, 29 Prozent nehmen an, die Freunde hätten kein Verständnis dafür, die Mehrheit meint, es wäre ihren Freunden und Bekannten vermutlich egal (Tabelle 20).

Für diese Frage liegen keine Ergebnisse aus früheren Jahren vor, so dass sich nicht sicher feststellen lässt, ob sich in diesem Punkt in letzter Zeit gesellschaftliche Veränderungen ergeben haben. Es ist jedoch bemerkenswert, dass die jungen Befragten im Alter von unter 30 Jahren wesentlich seltener als Ältere vermuten, ihre Freunde oder Bekannten hätten kein Verständnis dafür, wenn sie nicht zur Wahl gingen (Tabelle 21).

Angesichts der oben beschriebenen Unterschiede zwischen den Generationen, was das politische Interesse angeht, ist es nicht gewagt anzunehmen, dass der Generationenunterschied in den Antworten auf diese Frage vor 20 Jahren noch wesentlich geringer gewesen wäre. Es spricht einiges dafür, dass sich in Teilen der jungen Generation ein Klima herausgebildet hat, in dem es ganz normal ist, nicht wählen zu gehen. Der in dieser Hinsicht in der öffentlichen Diskussion aufgebaute gesellschaftliche Druck wird zumindest bei den Jungen anscheinend durch das private Umfeld kompensiert.

Tabelle 20: Verständnis fürs Nichtwählen

Angaben in Prozent

Frage: „Einmal angenommen, Sie würden Ihren Freunden und Bekannten erzählen, dass Sie bei der Bundestagswahl im Herbst nicht wählen wollen. Hätten die meisten Ihrer Freunde und Bekannten wohl Verständnis dafür, oder hätten die meisten dafür eher kein Verständnis, oder wäre es Ihren Freunden und Bekannten egal, ob Sie wählen gehen oder nicht?“

	Bevölkerung insgesamt	West-deutschland	Ost-deutschland
Hätten Verständnis	20	21	20
Hätten kein Verständnis	29	30	24
Wäre egal	41	40	44
Unentschieden, keine Angabe	10	9	12
	100	100	100
n =	1.548	1.122	426

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

| BertelsmannStiftung



Tabelle 21: Vor allem Junge glauben, ihr Umfeld habe Verständnis, wenn sie nicht wählen

Angaben in Prozent

Frage: „Einmal angenommen, Sie würden Ihren Freunden und Bekannten erzählen, dass Sie bei der Bundestagswahl im Herbst nicht wählen wollen. Hätten die meisten Ihrer Freunde und Bekannten wohl Verständnis dafür, oder hätten die meisten dafür eher kein Verständnis, oder wäre es Ihren Freunden und Bekannten egal, ob Sie wählen gehen oder nicht?“

Befragte im Alter von –	16 bis 29 Jahren	30 bis 44 Jahren	45 bis 59 Jahren	60 Jahren und älter
Hätten Verständnis	25	20	19	20
Hätten kein Verständnis	17	27	33	34
Wäre egal	51	43	37	36
Unentschieden, keine Angabe	7	10	11	10
	100	100	100	100
n =	279	339	414	516

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

| BertelsmannStiftung

5. Determinanten der Wahlabsicht für die Bundestagswahl 2013

Schon heute zeigen sich mögliche Gründe für den Wahlgang als auch das Fernbleiben bei der Bundestagswahl: Sozioökonomische und soziokulturelle Faktoren sowie Werte und Einstellungen sind gleichermaßen wichtig.

In den bisherigen Kapiteln sind einige Faktoren behandelt worden, von denen man annehmen kann, dass sie die Entscheidung, sich an einer Wahl zu beteiligen, potenziell beeinflussen können. Grob lassen sie sich in drei Kategorien einordnen:

Soziodemographische und sozioökonomische Faktoren: Dazu gehören Alter, Geschlecht, soziale Schicht, Einkommen und Bildung.

Soziokulturelle Faktoren: Hierunter fallen beispielweise das Verhalten des Freundeskreises und die politische Diskussionskultur in der Familie.

Politische Einstellungen und Werte: Thematisiert wurde in dieser Studie etwa die Wahlpflicht als politischer Wert. Aber auch politische Einstellungen wurden in Form von Demokratiezufriedenheit und des Glaubens an die Effektivität politischen Engagements behandelt.

Im bisherigen Verlauf wurde deutlich, dass viele dieser Faktoren oft gemeinsam auftreten: Ein Bürger aus einer unteren sozialen Schicht hat meist auch ein geringeres Einkommen und eine geringere Bildung. Sein soziokulturelles Umfeld ist oft politisch weniger interessiert und nicht selten mag dies der Grund sein, warum er den Gang zur Wahl nicht mehr als Pflicht oder besonderen Wert wahrnimmt. Somit mögen die verschiedenen Faktoren nicht nur beeinflussen, ob man Wählen geht oder nicht, sondern sie beeinflussen sich auch gegenseitig. Das komplizierte Beziehungsgeflecht der Faktoren macht es schwierig, genau festzustellen, wie sehr sie einzeln für sich die Wahlbereitschaft der Bürger bestimmen: Ist es das Einkommen allein, das bestimmt, wer wählen geht, oder spielt der Freundeskreis eine unabhängige Rolle? Was trägt jeder der Faktoren zur Erklärung bei?

Dieses Kapitel beantwortet die Frage im Hinblick auf die relevanten Faktoren für die Absicht der Deutschen, bei der Bundestagswahl 2013 zu wählen. Dazu stellte das Institut für Demoskopie Allensbach folgende bereits erwähnte Frage: „Wenn Wahlen stattfinden, geben viele Leute ihre Stimme ab, andere kommen nicht dazu, ihre Stimme abzugeben, oder nehmen aus anderen Gründen nicht an der Wahl teil. Sagen Sie mir bitte, wie wahrscheinlich es ist, dass Sie am 22. September zur Bundestagswahl gehen. Werden Sie bestimmt zur Wahl gehen, wahrscheinlich zur Wahl gehen, vielleicht zur Wahl gehen, wahrscheinlich nicht zur Wahl gehen, bestimmt nicht zur Wahl gehen.“



Wahl gehen?“¹⁵ 57 Prozent der Wahlberechtigten antworten auf diese Frage, sie würden bestimmt zur Wahl gehen, rund ein Viertel gibt an, wahrscheinlich wählen zu wollen, immerhin fünf Prozent sagen, sie würden wahrscheinlich nicht oder bestimmt nicht zur Wahl gehen (Tabelle 22).

Tabelle 22: Absicht, wählen zu gehen

Angaben in Prozent der Wahlberechtigten

Frage: „Wenn Wahlen stattfinden, geben viele Leute ihre Stimme ab, andere kommen nicht dazu, ihre Stimme abzugeben, oder nehmen aus anderen Gründen nicht an der Wahl teil. Sagen Sie mir bitte, wie wahrscheinlich es ist, dass Sie am 22. September zur Bundestagswahl gehen. Werden Sie ...“

	Bevölkerung insgesamt	West- deutschland	Ost- deutschland
„bestimmt zur Wahl gehen“	57	58	53
„wahrscheinlich zur Wahl gehen“	27	26	30
„vielleicht zur Wahl gehen“	10	10	9
„wahrscheinlich/bestimmt nicht zur Wahl gehen“	5	5	6
Weiß nicht, keine Angabe	1	1	2
	100	100	100
n =	1.488	1.072	416

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

BertelsmannStiftung

Wir fokussieren uns hier auf den Unterschied zwischen den Wahlberechtigten, die sich weit über 100 Tage vor der Wahl bereits sicher waren, dass sie ihre Stimme abgeben werden, und denen, die sich die Möglichkeit der Enthaltung noch offen halten – immerhin 43 Prozent. Damit unterscheiden wir zwischen einem harten Kern der Wähler („werde bestimmt zur Wahl gehen“) und den Unentschlossenen, die eine Nichtwahl zumindest in Erwägung ziehen („werde wahrscheinlich, vielleicht etc. zur Wahl gehen“). Um einen Hinweis auf die relative Erklärungskraft der einzelnen Faktoren zu erhalten, bedarf es komplexer statistischer Methoden, in diesem Fall einer logistischen Regressionsanalyse.¹⁶ Tabelle 23 fasst die Ergebnisse der Analyse zusammen:

¹⁵ Die Frageformulierung wurde – mit geringfügigen Abweichungen im Detail – übernommen von der German Longitudinal Election Study (GLES). <http://www.gles.eu/index.htm>

¹⁶ Details zur statistischen Analyse mit allen Ergebnissen im Anhang.

Tabelle 23: Übersicht über Ergebnisse der logistischen Regressionsanalyse

Dimension	Faktor	Richtung des Effekts	Stärke	Signifikanz
Demographische Faktoren	Alter (in Jahren)	Erhöht die Absicht, zu wählen	Moderat bis stark	Signifikant
	Geschlecht (m/w)	Frauen haben höhere Absicht, zu wählen	Schwach	Nicht signifikant
Sozio-ökonomische Faktoren	Einkommen (in Gruppen)	Erhöht die Absicht, zu wählen	Schwach	Nicht signifikant
	Bildung (3-stufig)	Erhöht die Absicht, zu wählen	Schwach	Nicht signifikant
	Soziale Schicht (3-stufig)	Erhöht die Absicht, zu wählen	Stark	Signifikant
Soziokulturelle Faktoren	Gehen Freunde wählen (3-stufig)	Erhöht die Absicht, zu wählen	Sehr stark	Hoch signifikant
	Wurde/wird im Elternhaus über Politik gesprochen (4-stufig)	Erhöht die Absicht, zu wählen	Stark	Hoch signifikant
Werte und Einstellungen	Zufriedenheit mit Demokratie (3 Kategorien)	Hohe Zufriedenheit und Unzufriedenheit erhöhen die Absicht, zu wählen	Moderat	Signifikant
	Es bringt nichts, sich politisch zu engagieren (ja/nein)	Verringert die Absicht, zu wählen	Moderat	Signifikant
	Wählen ist eine Bürgerpflicht (genannt: ja/nein)	Erhöht die Absicht, zu wählen	Stark	Hoch signifikant

Quelle: Eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

Die Übersicht unterscheidet für jeden Faktor zwischen drei Maßen. Die Richtung des Effekts gibt an, ob der Faktor die Wahlabsicht positiv oder negativ beeinflusst – wirkt eine hohe Zufriedenheit mit der Demokratie fördernd auf die Absicht, zur Bundestagswahl zu gehen oder eher kontraproduktiv? Die Stärke gibt an, ob der Unterschied zwischen den einzelnen Kategorien der Faktoren eher stark oder schwach ausfällt – steigert eine hohe Zufriedenheit mit der Demokratie meine Wahlabsicht nur marginal (etwa um ein paar Prozentpunkte) oder dramatisch? Die Signifikanz gibt an, wie sicher wir uns aufgrund der Analyse der vorliegenden Daten sein können, dass der gefundene Effekt tatsächlich existiert und nicht durch zufällige Faktoren – wie die Auswahl der Befragten – zustande gekommen ist.

Im Ganzen zeigen die Ergebnisse, dass Faktoren aus allen Dimensionen einen signifikanten Einfluss darauf haben, ob ein Befragter die feste Absicht hat, an der Bundestagswahl 2013 teilzunehmen. Unter den demographischen Faktoren zeigt sich klar, dass ältere Menschen eher sicher sind, an der Bundestagswahl teilzunehmen. Dies ist insbesondere deshalb interessant, weil die Regressionsanalyse für die Werte und Einstellungen der Älteren kontrolliert. Unter zwei Befragten, die



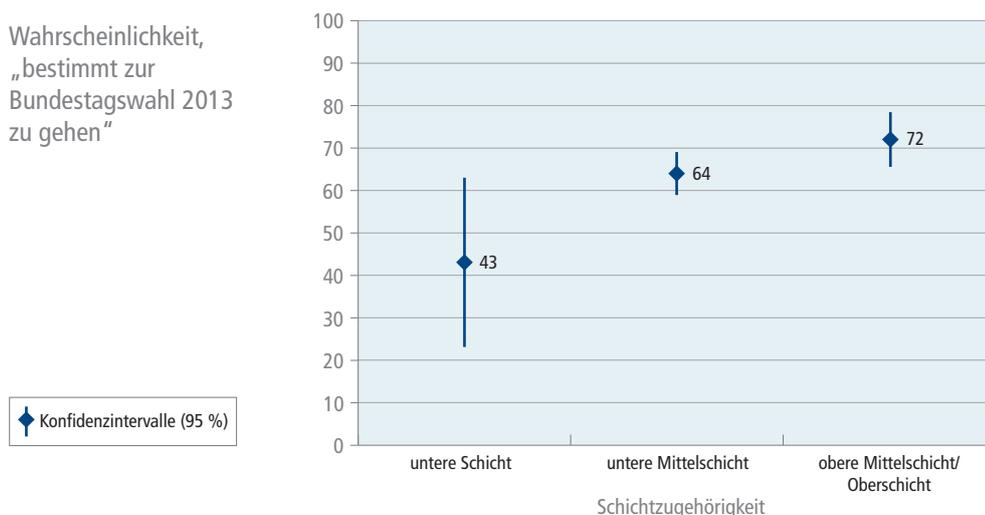
beide Wählen als Bürgerpflicht wahrnehmen, beide einigermaßen zufrieden mit der Demokratie sind und sich auch sonst kaum unterscheiden, weist unsere Analyse für den Älteren eine moderat höhere Wahrscheinlichkeit aus, bestimmt an der Bundestagswahl teilnehmen zu wollen. Die höhere Wahlbeteiligung Älterer lässt sich deshalb nicht allein durch Werte wie höheres Pflichtbewusstsein zur Wahlteilnahme erklären. Im Gegensatz zum Alter lassen sich keine klaren Unterschiede zwischen den Geschlechtern ausmachen. Was die Beteiligung an der Bundestagswahl angeht, sind sich Frauen und Männer gleich sicher, ob sie teilnehmen werden.

Die sozioökonomischen Faktoren weisen alle die bereits im ersten Kapitel illustrierte Richtung auf: Wer ein höheres Einkommen bezieht, einen höheren Bildungsabschluss hat oder sich zu einer höheren sozialen Schicht zählt, hat eine höhere Absicht, wählen zu gehen. Jedoch ist dieser Effekt nur für die soziale Schicht statistisch signifikant. Insbesondere die untere Schicht unterscheidet sich stark von den anderen beiden Schichten.

Befragte aus der unteren Schicht sind vergleichsweise sehr unsicher, ob sie an der Bundestagswahl teilnehmen werden. Die Regression zeigt, dass dies selbst dann noch gilt, wenn man in Betracht zieht, dass Befragte aus der unteren Schicht weniger im Elternhaus über Politik sprechen, weniger eine Wahlpflicht für sich fühlen und auch weniger Freunde haben, die wählen gehen. Der Einfluss der sozialen Schicht bleibt auch unabhängig vom sozialen Umfeld und den Werten und Einstellungen der betroffenen Individuen bestehen (Abbildung 20).

Abbildung 20: Untere Schicht mit geringer Wahlabsicht – selbst wenn man für ihr soziales Umfeld und ihre Werte kontrolliert

Angaben in Prozent. Methode: vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten aus logistischer Regression



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Wahlberechtigte.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

Bertelsmann Stiftung

Die soziale Schicht mag somit direkten und indirekten Einfluss auf die Wahlabsicht haben: Zum einen bestimmt die soziale Schicht viele soziokulturelle Faktoren, die ihrerseits die Wahl beeinflussen, sie hat darüber hinaus aber auch einen direkten Einfluss auf die Wahlabsicht, der sich in der durchgeführten Analyse nicht durch andere Faktoren erklären lässt. Umgekehrt erklären sich die Unterschiede in der Wahlabsicht, die wir für verschiedene Bildungsniveaus und Einkommensniveaus dargestellt haben (Abbildung 2, S. 12), zu einem beträchtlichen Teil über die soziale Schicht. Bildungsferne und Niedrigverdiener sind sich zwar unsicherer als Bildungsnahe und Hochverdiener, ob sie an der Bundestagswahl 2013 teilnehmen werden. Dies lässt sich jedoch besser durch ihre soziale Schicht – die in der Regel eher niedriger ist – erklären als durch ihr Einkommen und ihren Bildungsabschluss.

Wichtig ist, im Auge zu behalten, dass für den Zweck dieser Studie alle drei Faktoren (Schicht, Bildung, Einkommen) letztlich nur verschiedene Blickwinkel sind, um die sozioökonomische Lage eines Individuums zu erfassen – sie sind verschiedene Indikatoren, mit denen wir etwas Ähnliches messen wollen. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Schicht zeigt sich im Hinblick auf die Wahlabsicht zur Bundestagswahl als der bedeutendste dieser Indikatoren.¹⁷

Auch der Einfluss soziokultureller Faktoren auf die Wahlabsicht bestätigt sich in der Regressionsanalyse. Den stärksten Effekt aller in der Regressionsanalyse berücksichtigten Faktoren weist das Verhalten des Freundeskreises im Hinblick auf das Wählen auf. Wer meint, eine Mehrheit seiner Freunde gehe wählen, weist eine dramatisch höhere Wahrscheinlichkeit auf, seine Wahlabsicht als „bestimmt“ und sicher zu bezeichnen als jemand, der meint, nur eine Minderheit seiner Freunde gehe wählen. Der Unterschied zwischen beiden Gruppen liegt – bei ansonsten gleichen Merkmalen und Einstellungen der Individuen – teilweise bei teilweise über 50 Prozentpunkten (Abbildung 3, S. 14).

Auch der zweite soziokulturelle Faktor, die Sozialisation im Elternhaus, zeigt sich in der Analyse hoch signifikant. Für die Befragten, die nur ab und zu oder kaum im Elternhaus über Politik gesprochen haben (oder noch sprechen), zeigt sich eine klar niedrigere Wahrscheinlichkeit, zum Kern der Wähler zu gehören, als für Befragte, bei denen solche Gespräche sehr oft oder oft geführt wurden und werden (Abbildung 4, S. 14). Bemerkenswert ist, dass beide Faktoren unabhängig voneinander einen Einfluss entfalten. Selbst wenn zwei Individuen ähnlich im Elternhaus politisch sozialisiert wurden, macht ihr späterer Freundeskreis einen signifikanten Unterschied für ihre Wahlabsicht.

Auch für politische Werte und Einstellungen zeigen sich signifikante Effekte auf die Wahlabsicht, jedoch im Detail komplexer als vielfach in der öffentlichen Debatte angenommen wird. Dies wird vor allem an der Zufriedenheit mit der Demokratie deutlich. Folgende Frage wurde gestellt: „Zur

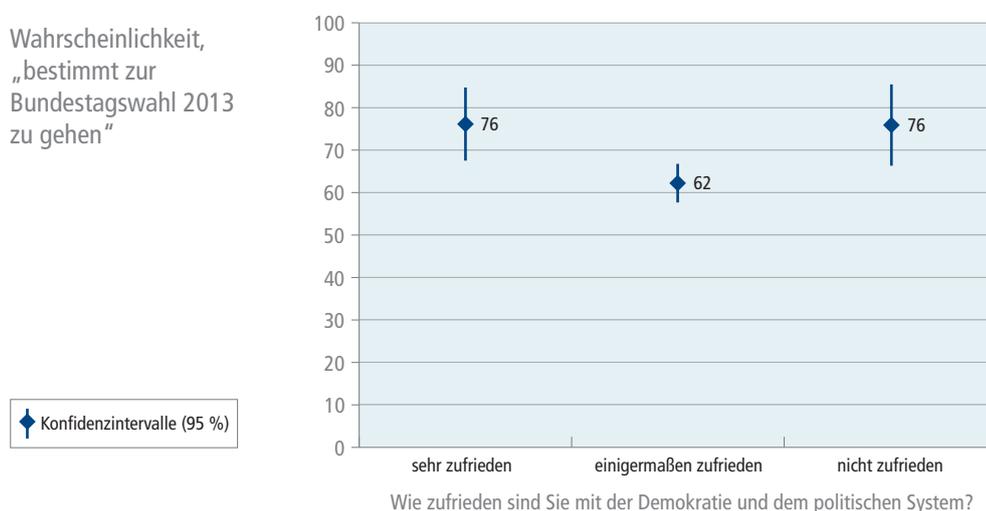
¹⁷ Insbesondere zeigt sich jeder der drei Faktoren in dem vorliegenden Regressionsmodell signifikant, sobald man für die anderen beiden nicht mehr kontrolliert.



Demokratie in Deutschland: Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit der Demokratie in der Bundesrepublik und unserem ganzen politischen System?“ Die Antwortmöglichkeiten waren „sehr zufrieden“, „einigermaßen zufrieden“ und „nicht zufrieden“. Hierbei zeigt sich in der Regressionsanalyse, dass sich zwei der Gruppen im Hinblick auf ihre Wahlabsicht gleichen: die sehr Zufriedenen und die Unzufriedenen. Für beide berechnet sich eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit, „bestimmt zur Wahl zu gehen“ als für die einigermaßen Zufriedenen (Abbildung 21).

Abbildung 21: Sowohl hohe Zufriedenheit als auch Unzufriedenheit mit der Demokratie erhöhen die Wahlabsicht

Angaben in Prozent. Methode: vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten aus logistischer Regression



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Wahlberechtigte.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

Bertelsmann Stiftung

Damit wird deutlich, dass weder Unzufriedenheit („Es ist alles schlecht, ich mache nicht mehr mit“) noch Zufriedenheit („Es ist alles super, ich brauche mich nicht zu kümmern“) mit der Demokratie zu einer geringen Wahlabsicht führen. Im Gegenteil, wer eine klare Meinung zur Demokratie in Deutschland hat – sei sie positiv oder negativ –, nimmt eher an Wahlen teil. Dies mag sowohl lautstarke Protestwähler einschließen, als auch überzeugte BRD-Demokraten. Eher zu den Unentschlossenen gehören jedoch solche Individuen, die weder völlig zufrieden noch unzufrieden mit der Demokratie sind, sondern sie einigermaßen wohlwollend – oder auch gleichgültig – bewerten. Zwar sind diese Effekte signifikant, jedoch in ihrer Stärke schwächer als andere.

Einen ähnlich moderaten Effekt weist der Glaube an die Effektivität politischen Engagements auf („Es bringt nichts, sich politisch zu engagieren“). Wer der Aussage zustimmt, hat eine höhere Wahrscheinlichkeit zu den Unentschlossenen zu gehören als zum Kern der Wähler. Für die Wahlpflicht zeigt sich – wie zu erwarten – in der Regressionsanalyse hingegen ein sehr starker und hoch

signifikanter Effekt auf die Wahlabsicht (Abbildung 5, S. 15). Für ein ansonsten durchschnittliches Individuum, das im Gegensatz zur Mehrheit der Bevölkerung Wählen nicht als Pflicht ansieht, berechnet das statistische Modell eine vorhergesagte Wahrscheinlichkeit von gerade einmal 39 Prozent, bestimmt an der Bundestagswahl im Herbst teilnehmen zu wollen.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Absicht, bei der Bundestagswahl 2013 zu wählen, von soziodemographischen, sozioökonomischen und soziokulturellen Faktoren sowie von politischen Werten und Einstellungen beeinflusst wird. Besonders deutlich sind die Unterschiede für die soziokulturellen Faktoren: Wer im Elternhaus nie über Politik gesprochen hat und auch von seinem Freundeskreis die Wahlteilnahme nicht vorgelebt bekommt, nur sehr selten zum Kern der Wähler. Ebenso sind Junge und untere soziale Schichten noch nicht für die Bundestagswahl mobilisiert.

In diesen Scheren zwischen Alt und Jung, sozialen Schichten und soziokulturellen Umfeldern zeigt sich die Kernthese der gespaltenen Demokratie. Wenn sich der Trend der vergangenen Wahlen fortsetzt, ist es im Licht dieser Ergebnisse wahrscheinlich, dass sich auch bei der kommenden Bundestagswahl die Scheren der Partizipation weiter öffnen werden.



6. Die Soziale Kluft auch bei neuen Beteiligungsformen

Die Jüngeren sind verstärkt im Internet politisch aktiv. Doch gerade die neuen Beteiligungsformen sprechen vor allem die gebildete Mittelschicht an. Das führt zu einer weiteren Verschärfung der politischen Ungleichheit in Deutschland.

In den vergangenen Jahren wurde in der öffentlichen Diskussion wiederholt die Vermutung geäußert, man könne mit dem Angebot alternativer politischer Aktivitäten, mit neuen Formen der Bürgerbeteiligung sowie mit Internet-Diskussionen Menschen, die sich vom politischen Betrieb abgewendet haben, möglicherweise zu neuer politischer Aktivität motivieren. In den Fragebogen zur vorliegenden Untersuchung wurden deswegen einige Fragen zu alternativen politischen Tätigkeiten aufgenommen, um zu prüfen, ob damit ein größerer Anteil der Nichtwähler, gerade auch in den sozial schwachen Milieus, erreicht werden kann.

Die in diesem Zusammenhang wichtigste Frage lautet: „Es gibt verschiedene Möglichkeiten, seine Meinung zu politischen Themen zu äußern, sich politisch zu beteiligen. Welche dieser Möglichkeiten haben Sie schon einmal genutzt, welche haben Sie zwar noch nicht genutzt, könnten sich aber vorstellen, das zu tun, und bei welchen könnten Sie sich das nur schwer vorstellen?“ Dazu überreichten die Interviewer eine Liste mit 16 Punkten zur Auswahl. Die Bandbreite reichte von Aktivitäten, die weder besonderen Mut noch einen nennenswerten Energieaufwand erfordern, wie zum Beispiel „im Internet in einem Diskussionsforum oder Chat-Raum einen Beitrag zu einem politischen Thema schreiben“ bis hin zu Tätigkeiten, die erhebliches Engagement voraussetzen, wie etwa die Entscheidung, sich einer politischen Partei anzuschließen.

Abbildung 23 zeigt die Listenpunkte in der Reihenfolge der Häufigkeit, mit der die Befragten sagen, diese Möglichkeit, sich politisch zu engagieren, hätten sie schon einmal genutzt. Mit weitem Abstand an der Spitze, genannt von 38 Prozent der Befragten, steht der Punkt „an einer Unterschriftenaktion zu einem politischen Thema teilnehmen (nicht im Internet).“ 30 Prozent der Deutschen haben schon einmal an einer Kundgebung oder Demonstration teilgenommen, dann folgen mit großem Abstand, genannt von jeweils rund einem Achtel der Bevölkerung, die Teilnahme an einer Unterschriftenaktion im Internet, das Engagement in einer Bürgerinitiative und die Teilnahme an einer Internet-Abstimmung zu einem politischen Thema.

Abbildung 22: Politische Aktivitäten

Angaben in Prozent

Frage: „Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, seine Meinung zu politischen Themen zu äußern, sich politisch zu beteiligen. Welche dieser Möglichkeiten haben Sie selbst schon einmal genutzt, welche haben Sie zwar noch nicht genutzt, könnten sich aber vorstellen, das zu tun, und bei welchen könnten Sie sich das nur schwer vorstellen?“ (Kartenspiel- und Bildblattvorlage)

Antwort: „Diese Möglichkeit habe ich schon genutzt“

An einer Unterschriftenaktion zu einem politischen Thema teilnehmen (nicht im Internet)	38
An einer Demonstration bzw. Kundgebung teilnehmen	30
Im Internet an einer Unterschriftenaktion teilnehmen bzw. sich als Unterstützer einer politischen Sache eintragen	13
Sich in einer Bürgerinitiative engagieren	13
Im Internet an einer Abstimmung, einer Meinungsumfrage zu einem politischen Thema teilnehmen	12
Einen Leserbrief in einer Zeitung oder Zeitschrift zu einem politischen Thema schreiben	11
Sich in einer politischen Partei engagieren	9
Sich in einer Interessengruppe oder einem Verband engagieren, z.B. Greenpeace oder Amnesty International	8
Sich im Internet in sozialen Netzwerken wie z.B. Facebook mit anderen über politische Themen austauschen	7
Eine E-Mail an einen Abgeordneten schreiben	6
Einen Brief an einen Abgeordneten schreiben	6
Im Internet einen Kommentar zu einem Artikel auf einer Nachrichtenseite schreiben	5
Im Internet in einem Diskussionsforum oder Chat-Raum einen Beitrag zu einem politischen Thema	4
In sozialen Netzwerken wie z.B. Facebook Mitglied einer Gruppe werden, die sich für ein politisches Thema (...) einsetzt	4
Sich über den Internetdienst Twitter zu politischen Themen äußern	2
Sich auf der eigenen Homepage, dem eigenen Blog zu politischen Themen äußern	1

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

| BertelsmannStiftung

Aufschlussreich ist es, die Angaben der Befragten über ihre politischen Aktivitäten mit ihrer Absicht, sich an der kommenden Bundestagswahl zu beteiligen, zu kontrastieren. Abbildung 23 zeigt am Beispiel von vier ausgewählten Aktivitäten, in welchem Maße Personen, die sich „bestimmt“, „wahrscheinlich“, „vielleicht“ oder „wahrscheinlich nicht“ und „bestimmt nicht“ an



der kommenden Bundestagswahl beteiligen wollen, abseits der Wahlen politisch aktiv sind. Man erkennt, dass diejenigen, die sicher sind, an der kommenden Bundestagswahl teilzunehmen, weitestgehend am häufigsten auch auf andere Weise politisch aktiv sind.

Je geringer die Entschlossenheit ist, wählen zu gehen, umso unwahrscheinlicher wird es auch, dass sich jemand auf andere Weise politisch engagiert. Lediglich die Gruppe derer, die sich recht sicher sind, dass sie nicht an der Wahl teilnehmen werden, ist etwas aktiver als diejenigen, die sagen, sie würden „vielleicht“ wählen gehen. Hier wird möglicherweise die Gruppe derer sichtbar, die tatsächlich aus Ärger über die aktuelle Politik bewusst der Wahl fernbleiben. Da aber die Gruppe der Befragten, die sagen, sie würden wahrscheinlich oder sogar bestimmt nicht zur Wahl gehen, insgesamt lediglich fünf Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung umfasst (vgl. Tabelle 22), handelt es sich bei den bewussten Wahlverweigerern, die dafür auf andere Weise politisch aktiv sind, um eine sehr kleine Minderheit. Generell ist festzuhalten, dass alternative politische Tätigkeiten weitaus überproportional häufig Menschen ansprechen, die auch an der Wahl teilnehmen.

Abbildung 23: Wählen und andere politische Aktivitäten

Angaben in Prozent

Frage: „Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, seine Meinung zu politischen Themen zu äußern, sich politisch zu beteiligen. Welche dieser Möglichkeiten haben Sie selbst schon einmal genutzt, welche haben Sie zwar noch nicht genutzt, könnten sich aber vorstellen, das zu tun, und bei welchen könnten Sie sich das nur schwer vorstellen?“ (Kartenspiel- und Bildblattvorlage)

Antwort: „Diese Möglichkeit habe ich schon genutzt“ – Auszug aus den Angaben –



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 6064 und 11006

Bertelsmann Stiftung

Die Antworten geben auch Auskunft darüber, welche Arten alternativer politischer Aktivitäten die verschiedenen Bevölkerungsgruppen bevorzugen. Besonders interessant sind die Ergebnisse der verschiedenen Altersgruppen. Die zur Auswahl gestellten Aktivitäten lassen sich in zwei Gruppen einteilen: Bei neun Tätigkeiten handelt es sich um Online-Aktivitäten, die verbleibenden sieben finden offline statt.

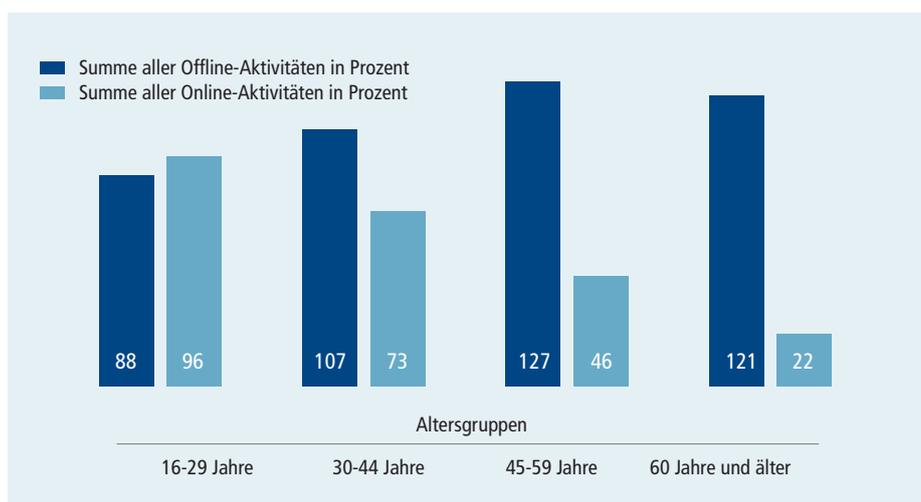
Es ist nicht erstaunlich, dass die Online-Aktivitäten für die jüngere Generation eine wesentlich größere Rolle spielen als für die älteren Befragten, aber der Unterschied zwischen den Altersgruppen ist doch eindrucksvoll: Die Summe aller Prozentwerte zu den Listenpunkten, die Online-Aktivitäten beschreiben, beträgt bei den Befragten unter 30 Jahren 96, bei den 60-Jährigen und Älteren lediglich 22. Für die 16- bis 29-Jährigen sind Online-Aktivitäten mittlerweile fast ebenso bedeutend wie traditionelle Formen der politischen Beteiligung (Abbildung 24). Wer also bewusst die politische Beteiligung Jüngerer stimulieren möchte, dürfte gut beraten sein, sich auf die Weiterentwicklung der Möglichkeiten zur Online-Beteiligung zu konzentrieren.

Abbildung 24: Online- und Offline-Aktivitäten – Altersgruppen

Angaben in Prozent

Frage: „Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, seine Meinung zu politischen Themen zu äußern, sich politisch zu beteiligen. Welche dieser Möglichkeiten haben Sie selbst schon einmal genutzt, welche haben Sie zwar noch nicht genutzt, könnten sich aber vorstellen, das zu tun, und bei welchen könnten Sie sich das nur schwer vorstellen?“ (Kartenspiel- und Bildblattvorlage)

Antwort: „Diese Möglichkeit habe ich schon genutzt ...“



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 6064 und 11006

| BertelsmannStiftung



Wenig vielversprechend erscheint es dagegen, alternative politische Betätigungen allein mit dem Ziel zu fördern, die Angehörigen der unteren sozialen Schichten wieder stärker in den politischen Prozess einzubinden. Oder zumindest lässt sich sagen, dass viele der bisher (neu) entwickelten Verfahren der Bürgerbeteiligung in der Masse noch keine zufriedenstellende Form darstellen, wie Menschen mit geringeren Bildungsabschlüssen und niedrigerem Sozialstatus wieder stärker an Politik herangeführt werden können.

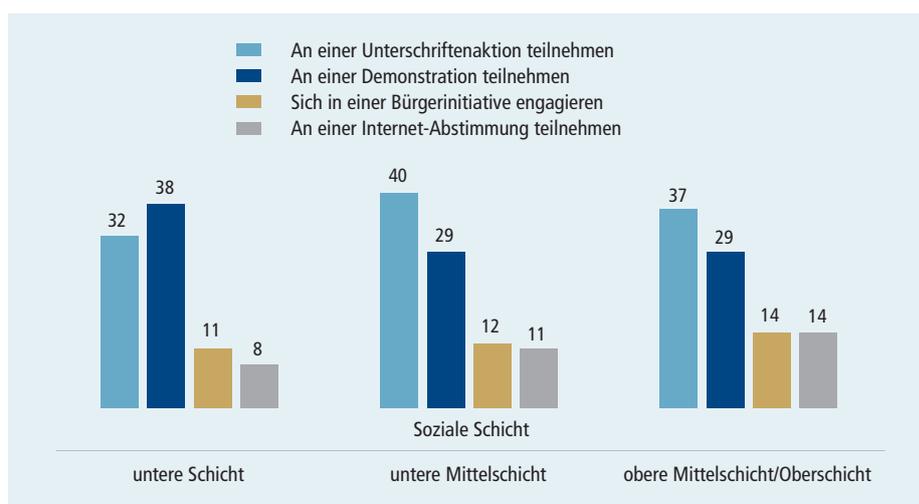
Wie Abbildung 25 zeigt, werden die Möglichkeiten, sich neben der Wahl politisch zu betätigen, von Personen, die der untersten sozialen Schicht angehören, deutlich weniger häufig genutzt, als von den wohlhabenderen Bürgern. Die Relationen zwischen den Schichten sind dabei mit denen bei der Wahlbeteiligung vergleichbar. So haben etwa 37 Prozent der oberen Mittelschicht/Oberschicht und 40 Prozent der unteren Mittelschicht bereits an einer Unterschriftenaktion teilgenommen, aber nur 32 Prozent der unteren Schicht. Ebenso haben 14 Prozent der oberen Mittelschicht/Oberschicht, jedoch nur acht Prozent der unteren Schicht sich bereits an einer politischen Meinungsumfrage im Internet beteiligt. Nur bei der Teilnahme an Demonstrationen liegt die untere Schicht mit 38 Prozent klar vor den anderen beiden Schichten (jeweils 29 Prozent).

Abbildung 25: Alternative politische Aktivitäten nach sozialer Schicht

Angaben in Prozent

Frage: „Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, seine Meinung zu politischen Themen zu äußern, sich politisch zu beteiligen. Welche dieser Möglichkeiten haben Sie selbst schon einmal genutzt, welche haben Sie zwar noch nicht genutzt, könnten sich aber vorstellen, das zu tun, und bei welchen könnten Sie sich das nur schwer vorstellen?“ (Kartenspiel- und Bildblattvorlage)

Antwort: „Diese Möglichkeit habe ich schon genutzt“ – Auszug aus den Angaben –



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

| Bertelsmann Stiftung

Analog zu Kapitel 5 stellt sich wieder die Frage, welche Faktoren tatsächlich beeinflussen, ob sich ein Individuum stark mit alternativen Aktivitäten politischer Partizipation an der Demokratie beteiligt oder nicht. Dazu wurde eine weitere Regressionsanalyse, in diesem Fall eine Negative Binomial-Regression durchgeführt.¹⁸ Um die Stärke des Engagements in alternativen Aktivitäten zu messen, wurde jedem Individuum für jede der 16 möglichen Aktivitäten ein Punkt zugesprochen, sofern es sie schon einmal durchgeführt hatte. Jedes Individuum erhielt so einen summierten Wert zwischen 0 (keinerlei politische Partizipation durchgeführt) und 16 (alle Formen schon durchgeführt). Als erklärende Faktoren flossen die gleichen Faktoren ein, die auch in Kapitel 5 benutzt wurden. Die Frage, ob Freunde wählen gehen, wurde allerdings nicht berücksichtigt, da sie eher auf die Wahlteilnahme als auf alternative Aktivitäten der Partizipation abzielt. Ebenso wurde die Frage nach der Wahlpflicht durch eine ähnliche Frage ersetzt, die aber darauf abzielte, ob es eine Bürgerpflicht sei, „sich an der Gemeindepolitik zu beteiligen“. Sie passt augenscheinlich besser, um Pflichtbewusstsein für alternative Aktivitäten politischer Partizipation abzubilden als die Frage zum Wählen gehen als Bürgerpflicht. Die Ergebnisse sind in Tabelle 24 zusammengefasst:

Tabelle 24: Übersicht über die Ergebnisse der Negativen Binomial-Regressionanalyse

Dimension	Faktor	Richtung des Effekts	Stärke	Signifikanz
Demographische Faktoren	Alter (in Jahren)	Verringert die Intensität alternativer Partizipation	Moderat	Signifikant
	Geschlecht (m/w)	Frauen haben eine geringere Intensität alternativer Partizipation	Schwach	Signifikant
Sozio-ökonomische Faktoren	Einkommen (in Gruppen)	Erhöht die Intensität alternativer Partizipation	Schwach	Nicht signifikant
	Bildung (3-stufig)	Erhöht die Intensität alternativer Partizipation	Moderat	Hoch signifikant (nur Abitur/ Studium)
	Soziale Schicht (3-stufig)	Verringert die Intensität alternativer Partizipation	Schwach	Nicht signifikant
Soziokulturelle Faktoren	Wurde/wird im Elternhaus über Politik gesprochen (4-stufig)	Erhöht die Intensität alternativer Partizipation	Stark	Hoch signifikant
Werte und Einstellungen	Zufriedenheit mit Demokratie (3 Kategorien)	Unzufriedenheit erhöht die Intensität alternativer Partizipation	Moderat	Signifikant
	Es bringt nichts, sich politisch zu engagieren (ja/nein)	Verringert die Intensität alternativer Partizipation	Stark	Hoch signifikant
	Beteiligung an Gemeindepolitik ist eine Bürgerpflicht (genannt: ja/nein)	Erhöht die Intensität alternativer Partizipation	Moderat	Hoch signifikant

Quelle: Eigene Darstellung.

| Bertelsmann Stiftung

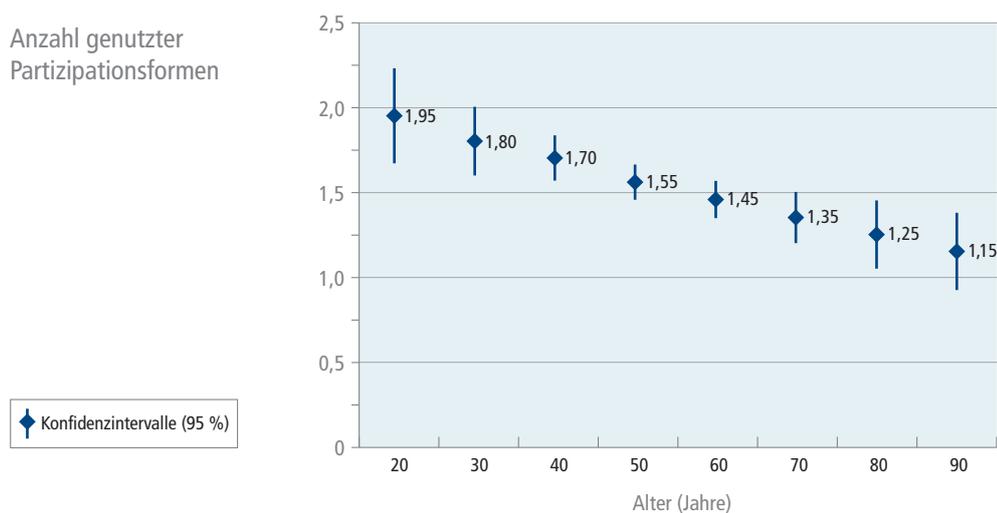
¹⁸ Details zur statistischen Analyse mit allen Ergebnissen im Anhang.



Wieder zeigen sich signifikante Faktoren für alle Dimensionen. Unter den demographischen Faktoren sind sowohl Alter als auch Geschlecht für alternative Partizipation relevant. Für das Alter zeigt sich das umgekehrte Bild im Vergleich zur Wahlabsicht: Die Jungen sind stärker aktiv, wenn man ihre Bildung, ihre Sozialisation und die anderen Faktoren beachtet (Abbildung 26). Dies erklärt sich jedoch vor allem über die vergleichsweise hohe politische Aktivität der Jungen im Internet – neun der 16 Aktivitäten waren Online-Aktivitäten. Trotzdem wird hier deutlich, dass die Jungen für politische Partizipation über diesen Kanal gewonnen werden können. Beim Geschlecht zeigt sich, dass Frauen weniger politisch aktiv sind als Männer, allerdings weist der Faktor eine vergleichsweise geringe Signifikanz auf.

Abbildung 26: Jüngere sind aktiver in alternativer Partizipation – vorrangig im Internet

Vorhergesagte Anzahl aus Negativer Binomial-Regression



Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

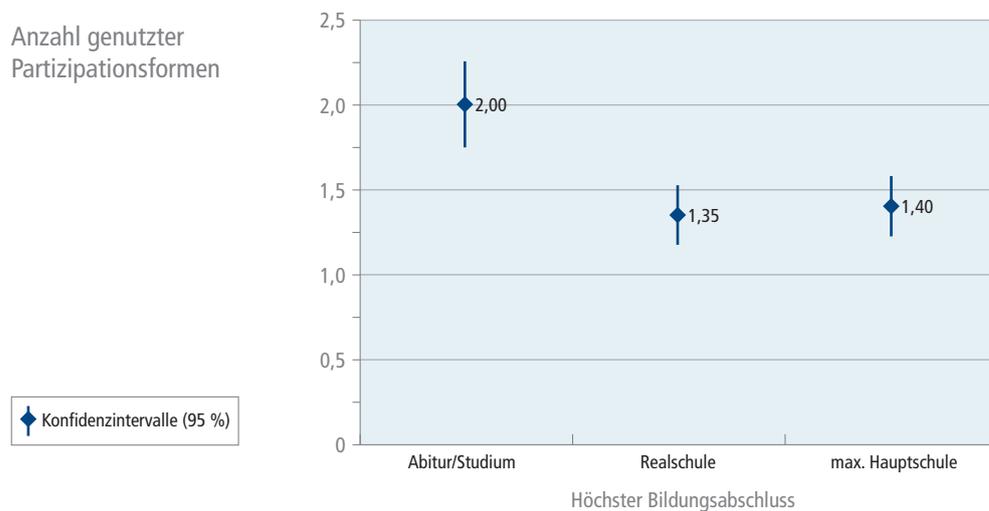
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

Bertelsmann Stiftung

Bei den sozioökonomischen Faktoren wird deutlich, dass – wie in Kapitel 5 – einer der drei Faktoren die anderen dominiert. In diesem Fall ist es die Bildung. Dabei ist auffällig, dass sich Hauptschulabsolventen kaum von Realschulabsolventen unterscheiden, aber Abiturienten und Hochschulabsolventen sich deutlich von den anderen beiden Gruppen absetzen (Abbildung 27). Sie nehmen intensiver an alternativer politischer Partizipation teil. Gerade aufwändige alternative Partizipation – wie das Schreiben eines Leserbriefs oder eines Blogs – ist oft mit hohen kognitiven Anforderungen an die Individuen verbunden. Hier muss Bildung als Kapazität gesehen werden, die viele Formen alternativer Partizipation erst ermöglicht. Der Akt des Wählens stellt hingegen kognitiv weniger Anforderungen. Für ihn war – wie in Kapitel 5 gezeigt wurde – in Hinblick auf die Bundestagswahl 2013 die soziale Schicht der Befragten ausschlaggebender als ihre Bildung. Die sozioökonomische Hürde für neue Formen der Beteiligung ist damit zentral in der Bildung der Beteiligten zu sehen.

Abbildung 27: Bildung ermöglicht politische Partizipation – vor allem für Abiturienten und Hochschulabsolventen

Vorhergesagte Anzahl aus Negativer Binomial-Regression



Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11006 (März/April 2013).

| Bertelsmann Stiftung

Als einziger soziokultureller Faktor wurde die politische Sozialisation im Elternhaus in die Regressionsanalyse aufgenommen. Auch für diesen Faktor zeigen sich starke und hoch signifikante Effekte. Was im Elternhaus an politischer Kultur nicht vermittelt wurde, verschafft den Betroffenen also nicht nur ein Defizit in ihrer Wahlabsicht, sondern auch in ihrer sonstigen Partizipation an Politik.

Bei den politischen Werten und Einstellungen ist die Demokratiezufriedenheit besonders interessant. Hier zeigt sich für die alternative Partizipation ein anderes Bild als für die Wahlabsicht: Sehr und einigermaßen Zufriedene unterscheiden sich kaum, Unzufriedene partizipieren aber deutlich stärker in alternativen Formen. Damit wird zum einen erneut deutlich, dass Unzufriedenheit mit der Demokratie nicht direkt die politische Partizipation (weder konventionell noch alternativ) mindert. Eher scheint das Gegenteil der Fall zu sein: Manche Unzufriedene mögen alternativ aktiv werden, gerade um etwas zu verändern. Umgekehrt wird aber auch klar, dass die sehr Zufriedenen zwar eine hohe Wahlabsicht haben, sich aber nicht sonderlich mehr alternativ beteiligen als andere. Vielleicht ist dies für sie auch nicht weiter nötig, da sie keine größeren Missstände sehen, die sie beheben müssten.

Für die anderen beiden Faktoren zeigen sich die erwarteten Effekte: Wer an die Effektivität von politischen Engagements glaubt, partizipiert auch mehr in alternativen Formen. Der Effekt ist neben dem der politischen Sozialisation im Elternhaus der stärkste aller geprüften Faktoren. Ebenso beteiligen sich diejenigen mehr, die eine Beteiligung an Gemeindepolitik als Bürgerpflicht ansehen.



Die Ergebnisse belegen, dass alternative Formen der politischen Beteiligung kein Allheilmittel für sinkende konventionelle Partizipation (etwa bei Wahlen) sind. Das Bildungsniveau der Teilnehmer ist eine hohe Eintrittshürde – alternative Formen zu entwickeln, die diese Hürde senken, ist eine zentrale Aufgabe. Ebenso zeigen sich in alternativen Partizipationsformen ähnliche Spaltungen entlang soziokultureller Gruppen wie in konventioneller Partizipation.

Die vorliegende Analyse legt aber auch den punktuellen Nutzen alternativer Formen offen, insbesondere mit Blick auf das Problem einer nach Altersgruppen gespaltenen Demokratie: So können Jüngere durch Internetpartizipation beispielsweise stärker gewonnen werden als dies in den herkömmlichen Offline-Formen der Fall ist.

Anhang

Dieser Anhang stellt weitergehende Informationen zu den Regressionsanalysen in Kapitel 5 und 6 zur Verfügung.

Für beide Analysen wurden sowohl fehlende Angaben im Datensatz als auch „Weiß nicht“-Antworten als fehlend behandelt und die entsprechenden Beobachtungen von der Analyse ausgeschlossen. Für das Modell zur Wahlabsicht wurden nur wahlberechtigte Befragte berücksichtigt. Für das Modell zur Partizipation durch alternative politische Aktivitäten wurde die Wohnbevölkerung ab 16 Jahren zugrunde gelegt.

Ordinale Variablen wurden aufgrund ihrer wenigen Ausprägungen als Serie aus Dummy-Variablen mit Referenzkategorie gecodet. Ein Coding als intervallskalierte Variablen erbrachte nahezu identische Resultate.¹⁹ Für Modell 1 zur Wahlabsicht wurde eine binäre logistische Regression angewendet. Für Modell 2 zur Partizipation wurde aufgrund von „Überstreuung“ der abhängigen Variable eine Negative Binomial-Regression anstatt einer Poisson-Regression angewendet. Die Ergebnisse unterschieden sich jedoch nur marginal. Ebenso sind Signifikanzen beider Modelle in ihrer Substanz robust gegenüber der Nutzung von Huber-White-Standardfehlern.

Jegliche Angaben über vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten und vorhergesagte Anzahlen in dieser Publikation wurden auf Grundlage der beiden Modelle erstellt. Die Kovariate (inklusive Dummy-Variablen) wurden für diese Betrachtungen zur Vereinfachung auf dem Sample-Durchschnittswert fixiert.

¹⁹ Dies trifft nicht auf die Demokratiezufriedenheit im Modell 1 zu. Sie weist einen nicht-linearen Effekt zwischen den ordinalen Kategorien auf.


Tabelle 25: Übersicht über Regressionsanalysen aus Kapitel 5 und 6

Variablen		Modell 1: Wahlabsicht	Modell 2: Partizipation
Abhängige Variable:		Antwort: „Ich werde bestimmt zur BW 2013 gehen“	Anzahl der bereits genutzten alternativen Partizipationsformen
Unabhängige Variablen:			
Soziodemographisch			
Alter		1.02** (0.01)	-0.01** (0.00)
Geschlecht		1.03 (0.17)	-0.18* (0.07)
Sozioökonomisch			
Soziale Schicht	Untere Schicht	RK	RK
	Untere Mittelschicht	2.40* (0.99)	-0.08 (0.16)
	Obere Mittelschicht/Oberschicht	3.48** (1.57)	-0.17 (0.18)
Bildung	Maximal Hauptschule	RK	RK
	Realschule	1.00 (0.21)	-0.03 (0.09)
	Abitur/Studium	1.02 (0.24)	0.38*** (0.09)
Einkommen (16 Stufen)		1.04 (0.03)	0.00 (0.01)
Soziokulturell			
Gehen Freunde wählen	Die Meisten	RK	/
	Etwa die Hälfte	0.32*** (0.06)	/
	Nur eine Minderheit	0.07*** (0.03)	/
Politische Gespräche im Elternhaus	Sehr oft	RK	RK
	Oft	0.38* (0.18)	-0.19 (0.13)
	Ab und zu	0.15*** (0.07)	-0.50*** (0.12)
	Kaum, gar nicht	0.13*** (0.06)	-0.79*** (0.13)
Werte und Einstellungen			
Demokratiezufriedenheit	Sehr zufrieden	RK	RK
	Einigermaßen zufrieden	0.52* (0.13)	0.05 (0.10)
	Nicht zufrieden	1.02 (0.36)	0.44** (0.13)
Ineffektivität politischen Engagements		0.54** (0.10)	-0.70*** (0.09)
Wählen als Bürgerpflicht		4.52*** (0.89)	/
Engagement in Gemeindepolitik als Bürgerpflicht		/	0.45*** (0.09)
Angaben zum Modell			
Methode		Logistische Regression mit Odds Ratios	Negative Binomial-Regression mit Koeffizienten
(Standardfehler in Klammern)			
N		1002	1113
Pseudo R ²		0.288	0.058
Alpha		/	0.67*** (0.06)

Signifikanz: * auf dem 5%-Niveau, ** auf dem 1%-Niveau, *** auf dem 0,1%-Niveau RK = Referenzkategorie

Quelle: Eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

Über die Studie

Die Vorliegende Studie basiert auf Zeitreihenanalysen des Partizipationsverhaltens in Deutschland sowie auf einer repräsentativen Umfrage der Bertelsmann Stiftung und des Instituts für Demoskopie Allensbach. In der Zeit vom 27. März bis zum 12. April 2013 wurden insgesamt 1.548 Personen mündlich-persönlich („face-to-face“) befragt. Die Auswahl der Befragten erfolgte nach dem Quotenverfahren, die Stichprobe ist damit für die deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 16 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland repräsentativ, das heißt, die präsentierten Ergebnisse können – abzüglich einer bei Repräsentativbefragungen unvermeidlichen statistisch bedingten Unschärfe von etwa zwei Prozentpunkten – auf die Gesamtbevölkerung verallgemeinert werden.



Über die Autoren

Dr. Dominik Hierlemann, Senior Project Manager, Programm „Zukunft der Demokratie“, Bertelsmann Stiftung. Studium der Politik- und Verwaltungswissenschaft in Konstanz und Aix-en-Provence, Stipendiat der Stiftung der Deutschen Wirtschaft. 2002 bis 2004 Forschungsaufenthalt in Krakau, Promotion über „Das Lobbying der katholischen Kirche in Polen“. Seit 2004 bei der Bertelsmann Stiftung, u. a. als Projektleiter des BürgerForum 2011 mit dem Bundespräsidenten sowie des Bürgerdialogs 2012 der Bundeskanzlerin. Gastkommentare u. a. in der Financial Times Deutschland, der WELT und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.



PD Dr. Thomas Petersen, Projektleiter am Institut für Demoskopie Allensbach. Studium der Publizistik, Alten Geschichte und Vor- und Frühgeschichte an der Universität Mainz. Von 1990 bis 1992 Journalist beim Südwestfunk in Mainz. Seit 1993 am Institut für Demoskopie Allensbach. Lehraufträge an verschiedenen Universitäten, darunter Universität Mainz, TU Dresden, Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin. 2007/2008 Vertretung der Professur für methodische und historische Grundlagen der Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. Past Präsident der World Association for Public Opinion Research (WAPOR). Regelmäßige Beiträge in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zum aktuellen Meinungsbild in Deutschland.



Prof. Dr. Robert Vehrkamp, Director des Programms „Zukunft der Demokratie“, Bertelsmann Stiftung. Studium der Volkswirtschaftslehre, Politikwissenschaft und Neueren Geschichte in Bonn und Köln. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftspolitik der Universität Witten/Herdecke. 2004 bis 2006 Mitglied des Präsidiums der Zeppelin University, Friedrichshafen; seit 2010 Professur für Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Europäische Wirtschaftspolitik an der Fachhochschule des Mittelstands (FHM) in Bielefeld. Seit 2003 bei der Bertelsmann Stiftung, u. a. als Projektleiter „Die Bundesländer im Standortwettbewerb“ und seit 2006 mit den Arbeitsschwerpunkten Politische Partizipation, Bürgerbeteiligung und Demokratie.



Christopher Wratil, Project Manager, Programm „Zukunft der Demokratie“, Bertelsmann Stiftung. Studium der Politikwissenschaft und EU-Integration an den Universitäten FU Berlin, Warwick und Oxford. Forschungsprojekt (M. Phil.) zum Einfluss öffentlicher Meinung auf EU-Vertragsverhandlungen. Seit 2012 bei der Bertelsmann Stiftung mit den Arbeitsschwerpunkten soziale Ungleichheit und demokratische Teilhabe, Monitoring der Sozialpolitiken der EU-Mitgliedstaaten sowie Messung nachhaltigen Regierens. Gründer des mit dem Europäischen Jugendkarlspreis ausgezeichneten Onlinemagazins „Europe & Me“.



Impressum

© 2013 Bertelsmann Stiftung

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich

Prof. Dr. Robert Vehrkamp
Dr. Dominik Hierlemann
Christopher Wratil

Lektorat

Sibylle Reiter

Gestaltung

Markus Diekmann, Bielefeld

Fotos

Titelfoto: Picture-alliance/dpa/Thilo Schmülgen
Portraits: Arne Weyhardt, Steffen Krinke



Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
Fax +49 5241 81-81999

Prof. Dr. Robert Vehrkamp
Programm Zukunft der Demokratie
Telefon +49 5241 81-81526
Fax +49 5241 81-681526
robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Dominik Hierlemann
Programm Zukunft der Demokratie
Telefon +49 5241 81-81537
Fax +49 5241 81-681537
dominik.hierlemann@bertelsmann-stiftung.de

Christopher Wratil
Programm Zukunft der Demokratie
Telefon +49 5241 81-81609
Fax +49 5241 81-681609
christopher.wratil@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de